

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1912

241 (15.10.1912)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. Abonnementspreis: Ins Haus, durch Träger zugestellt, monatlich 75 Pf., vierteljährlich 2,25 Mk. In der Expedition und in den Abzügen abgeholt, monatlich 65 Pf. Bei der Post bestellt und dort abgeholt 2,10 Mk., durch den Briefträger ins Haus gebracht 2,52 Mk., vierteljährlich

Redaktion: Luisenstr. 24, Tel.-Nr. 481. Sprechstunde nur von 1/2 12—1/2 1 Uhr. Expedition: Luisenstr. 24, Tel.-Nr. 128. Postfach-Canto Nr. 2650. Inserate: die einseitige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg. Lokal-Ansetze billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. Schluss der Inseraten-Aufnahme für die nächste Nummer vorm. 1/2 9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachm., aufgegeben sein. Geschäftsstunden der Expedition: Vormittags 7 bis abends 1/2 7 Uhr.

Druck und Verlag: Buchdruckerei G. E. & Co., Karlsruhe. Verantwortlich für Beiträge, Deutsche Politik, Ausland, Bad. Politik, Aus der Partei, Feuilleton, Aus der Stadt und Letzte Nachrichten: W. Koll; für den übrigen Inhalt: Herm. Stadel; beide in Karlsruhe. Für den Inseratenteil verantwortlich: Karl Riecker in Karlsruhe.

Unsere heutige Nummer umfasst einschließlich der Unterhaltungsbeilage 10 Seiten.

Sozialdemokratie und Balkankrieg.

Genosse S. W e n d e l, der im Auftrag der deutschen Parteipresse nach dem Balkan abgereist ist, schreibt uns aus Belgrad:*)

Wie es mit Bulgarien, mit Griechenland, mit Montenegro steht, wird sich zeigen. Was Serbien angeht, so kann man sich an Ort und Stelle, Tag für Tag mehr davon überzeugen, daß der bevorstehende Krieg wirklich in der Summe des Volkes wurzelt. Schon die schier preußische Promptheit — und preußische Promptheit und Balkan schließen sich sonst aus wie Feuer und Wasser — mit der sich die Mobilisierung vollzog, war ein Gradmesser für die Stimmung der Massen. Sätze ihnen Unlust vor dem Krieg in den Knochen, so hätte die Mobilisierungsmaschine wesentlich langsamer und mit mancher Stockung gearbeitet. Aus den Reihen der Kürkenfrige vor dreißig Jahren gibt es ein Volkslied, das drastisch den Unterschied zwischen Besitzenden und Nichtbesitzenden im Kriegsfall darstellt; jene hocken als Intendanten in den warmen Bureaus und gammeln sich als Lieferanten die Taschen voll. Diese müssen ihre Haut zum Markte tragen und Weib und Kind verhungern ihnen dabei. Dieses schlicht antimilitaristische Lied ist diesmal nirgends angestimmt worden. Willig und entschlossen hat, wie aus allen Distrikten des Landes übereinstimmend gemeldet wird, der Bauer Pflug und Scholle verlassen, um sich mit der Spitze auf der Schulter in Reich und Glied zu stellen.

Darum ist es falsch, von einer künstlich gemachten Kriegsbegeisterung zu reden, zumal von einem lauten und lärmenden Straßenenthusiasmus weit weniger zu spüren ist, als von einer stillen Entschlossenheit, das Nötige zu tun. Man mag auch endlich einmal das törichte Gerücht von den Nationen der Sammeldiebe, die nicht Ruhe halten könnten, und den Balkanstaaten, deren ganze Produktion nicht in die Handelsstatistik, sondern in ein Lehrbuch der Zoologie, Kapitel über Insekten, gehöre, der bürgerlichen Presse überlassen. Die Balkanfrage ist eine Verflechtung so vieler und so schwieriger Fragen ökonomischer, historischer, sozialer, nationaler und kultureller Art, daß sie der sozialistischen Internationale noch manche Nuß zu knacken geben wird. Für die Serben im besonderen handelt es sich bei dem Krieg gegen die Türken um einen Existenzkampf auf Leben und Tod. Bei dem bestehenden Zustand gehen sie zugrunde, sie erstickend und wollen sich Luft schaffen, und da kommt es ihnen auf eine Fensterhebe mehr oder weniger die dabei zerhackt wird, nicht an. Sie wollen unter den Augen Europas beweisen, daß sie ein Recht auf ihre nationale Existenz haben, und da im Zeitalter des Militarismus, wie das Beispiel Japans im russischen Krieg zeigt, dieser Beweis am besten mit dem Schwert geführt wird, ist auch nach dieser Richtung hin die Kriegslust verständlich.

Die Sozialdemokratie westeuropäischer Länder, die nur in dem Gedanken der sozialen Revolution lebt und weht, schaltet im allgemeinen die Möglichkeit nationaler Revolutionen aus und ist nur allzu leicht geneigt, die Nationalitätenfrage der kleinen Balkanvölker als wenig bedeutungsvoll beiseite zu schieben! Sehr mit Unrecht! Wir westeuropäischen Sozialdemokraten sitzen längst im festgefügten Sause und kämpfen um die Frage, wer Herr in diesem Sause sein soll, ob eine Handvoll der Besitzenden, ob das Volk in seiner Gesamtheit. Bei diesen Balkanvölkern aber ist die Frage, die, wie ihr Haus zustande kommt. Nicht nur in ihren ökonomischen, sondern auch in ihrer nationalen Entwicklung sind diese Länder am mindestens zwei Menschenalter hinter Westeuropa zurück, und selbst wenn der „Nemont“, das Blatt der nationalistischen Desperados Serbiens, das den Krieg um jeden Preis und nach allen Fronten will, nicht tagtäglich den Vergleich breitträte und zu Zitterreden so Mazzini wie Leopardi strapazierte, drängt sich der Vergleich zwischen dem ungeeigneten und zum Teil unter der Fremdherrschaft stehenden Italien von 1859 und diesen Balkanstaaten immer wieder von selbst auf. Die Serben sind ein Volk von 12—14 Millionen. Davon aber wohnen im Königreich knapp 3 Millionen, rund 10 Millionen sind fremder Herrscher Untertanen, des Habsburgers wie des Großtürken; was in den schwarzen Bergen Montenegros sitzt, ist nur ein kleiner Bruchteil. Diese Serben nun in Mazedonien, im Sandschak Novibazar, in Bosnien und der Herzegovina, in Dakmatien, Kroatien und Ungarn, oder wenigstens in hinreichender Prozentzahl mit den Serben des Königreichs zu einer nationalen Einheit zusammenschweißt und für Serbien gäbe es keine Balkanfrage mehr, denn dann hätte es einen großen inneren Absatzmarkt und gute Ausführungsmöglichkeiten und würde rasch eine blühende

Industrie in seinem Schoß entwickeln und damit den Sozialismus.

Nun lassen sich alle diese Probleme sehr rasch abtun mit einem Schlag auf den Tisch und der Formel, daß die soziale Revolution all diese Nationalitätenfragen lösen werde. Das sieht marxistisch aus und man braucht sich dabei nicht in große geistige Unkosten zu stürzen. Aber das ist auch der einzige Vorteil dieser „Lösung“. Will man auf die soziale Revolution in diesen Ländern warten, so mag man sich ruhig wie ein indischer Fakir in Schlaf hypnotisieren lassen und ein paar Jahrzehnte im begrabenem Zustande unter der Erde zubringen. Die soziale Revolution wird die Nationalitätenfrage lösen — schon gut! Aber die Voraussetzung der sozialen Revolution ist ja gerade die Lösung der Nationalitätenfrage. Der herrschende Zustand drückt die Balkanstaaten auf den Rang rein agrarischer Länder herab, in denen der Sozialismus schwer Fuß fassen kann, und wie sie noch immer — siehe der Elawen Oesterreichs 1848/49 — Vollwerke der Gegenrevolution gewesen sind. Die Nationalitätenfrage lösen heißt auch dem Sozialismus die Bahn bereiten. Wie jenes zu bemerken ist, auf diese Frage wird die Antwort erwartet. Daß innerhalb der Internationale, zumal der österreichisch-ungarische Imperialismus und der Jarrismus in dieser Frage sehr hineinrudert, die Antwort nicht einhellig wird, ist klar, da sogar in der deutschen Sozialdemokratie über die weit weniger komplizierte Polenfrage zwei verschiedene Auffassungen bestehen.

Nach allem ist es begreiflich, daß sich die serbische Sozialdemokratie in einer nicht angenehmen Lage sieht. Es wäre übertrieben, zu sagen, daß sie zwar für den Frieden, aber nicht gegen den Krieg sei, aber immerhin spielt ihre Haltung um den Bereich dieser Formel herum. Sie wartet vor dem Abenteuer, in das sich Serbien hineinstürzen will, aber sie verkennt dabei nicht, daß die Umstände die Stimmung für das Abenteuer geschaffen haben. Sie brandmarkt das, was sich Patriotismus der herrschenden Klassen nennt, sie betont wieder und wieder die Möglichkeit, die Balkanfrage durch eine ökonomische Föderation der Balkanstaaten mit Einschluß der Türkei zu lösen. Sie weiß, daß dynastische Interessen und die von Militärschleichen bei der Entwicklung der Dinge die Hand im Spiele hatten, sie weist darauf hin, daß, wer den Balkankrieg will, mit brennender Kerze über offenen Pulverfassern hantiert und daß dabei ganz Europa in die Luft gehen kann, und ihre Vertreter in der Slupschina, die Genossen K a z l e r o w i t s c h und L a p t i c h e w i t s c h, werden, wenn sie nicht dem Beispiele Bebel's im Juli 1870 folgen und die Kriegskredite verweigern und die Friedensliebe der Sozialdemokratie unterstreichen.**) Aber die Partei hat bis jetzt nicht das Beispiel der radikalen Sozialdemokratie Bulgariens, der tesni (Engberzigen) — es gibt bekanntlich zwei Parteien in Bulgarien — nachgeahmt und kein Manifest gegen den Krieg erlassen, sie hält auch keine Versammlungen ab, kurz: sie verzichtet auf jede Aktion gegen den Krieg! Ueber dieses Verhalten der serbischen Sozialdemokratie mag man geteilter Meinung sein; sicher ist, daß sie gute Gründe für ihre Auffassung hat und daß sich einer Aktion gegen den Krieg nicht einmal Duldende, geschweige denn Massen anschließen würden. So kann ihre Aufgabe nur sein, den herrschenden Gewalten auf die Finger zu sehen und im geeigneten Moment hervorzutreten, aber es liegt weder im Interesse der Sozialdemokratie, sich für die Aufrechterhaltung des Statusquo ins Zeug zu legen, die lediglich unerträgliche, unaltbare und darum für ganz Europa gemeingefährliche Zustände in Permanenz erklären würde, noch einen „Frieden“ als der Güter höchstes zu preisen, der, wie einer der führenden Genossen sagte, auf dem Balkan ja nichts anderes ist, als der permanente Krieg mit seinen Schreden und Opfern!

So verhalten sich die Dinge. K o d b e r t u s sah ein in seinen kühnsten Träumen deutsche Arbeiterbataillone am Bosphorus stehen und L a s s a l l e erklärte die deutsche Arbeiterklasse für den natürlichen Anwärter der Orientfrage. Von diesen Prophezeiungen würde ein gut Stück Erfüllung sein, wenn sich vor allen andern die deutsche Sozialdemokratie um eine Lösung der Orientfrage im Sinne des modernen Sozialismus mühte. H. W.

Zur Förderung der proletarischen Jugendbewegung.

Vernünftige Worte eines Pastors.

Dieser Tage sprach in einer liberalen Parteiverammlung in Kiel-Garden der Pastor Schröder über: „Sozialistische Jugendpflege und der Staat“. Nach der „Kieler Zeitung“ führte der Redner aus:

*) Papstschewitsch hat inzwischen gegen den Krieg gestimmt. K a z l e r o w i t s c h wird in den Berichten nicht erwähnt, dürfte also krank sein.

„Seit einigen Jahrzehnten hätten sich die Parteien mit ihrem inneren Aufbau beschäftigt, dabei aber der Jugendpflege nicht genügend Beachtung geschenkt. Die bisher in der Jugendpflege geschaffenen Verhältnisse bilden erst die Grundlagen ihres Aufbaues und die Bahnen zur erzieherischen pädagogischen Bildung unserer Jugend. Gegenüber der reaktionären Jugendpflege verfolge die sozialdemokratische Partei eine gleichstellige Sebung der geistigen Entwicklung der Jugend aller Kreise. Sie sei bestrebt, mit geisttragenden Mitteln in dieser Hinsicht immer vollkommener zu wirken, um dadurch weitere Kreise der Jugend heranzuziehen zu einer Arbeit, die der sich bedenklich ausbreitenden Generation wesentlich abhelfen dürfte. Nun sei es aber bedauerlich, daß sich der Staat dieser auf sozialistischer Grundlage aufgebauten Jugendarbeit nicht wohlwollend gegenüberstelle, sondern sie bekämpfe. Habe das innere Berechtigung? Durch diese Handlungsweise der Regierung sei nichts erreicht, sondern vielmehr nur Unheil angerichtet worden. Erst jetzt habe sich die Regierung, der Not gehorchend, dazu bequemen können, auch iberseits die Jugendpflege anzubahnen und zu unterstützen, nachdem sie bisher die Jugend sich selbst überlassen und dem Verderben preisgegeben hatte. Aber diese von der Regierung angestrebte Jugendarbeit sei eigenartig. Sie habe für die Mitglieder der Jugendvereine auf nationalem Boden eine Ermäßigung der Preise für Bahnfahrten gewährt und 1/2 Millionen Mark zur Unterstützung in den Staatsfonds eingestellt, während für die sozialistischen Jugendvereine nichts geschah. Nachdem Redner noch dargelegt, auf welche Weise sozialistische Jugendarbeit gepflegt wurde, betonte er: Man lasse der sozialistischen Jugend erst Ruhe und Zeit, damit sie zeigen kann, ob sie bessere Früchte zeitigt, als die reaktionäre Jugendpflege. Man erweise ihr alle Liebe, die bei ihren Gegnern sich oft vermissen läßt.“

Die rückhaltlose Anerkennung der Kulturarbeit unserer Jugendpflege aus dem Munde eines der Sozialdemokratie gewiß nicht zuneigenden Geistlichen ist nicht ohne Interesse.

Deutsche Politik.

Vaterlandslose Gesellen. Das „Volkrecht“ weist darauf hin, daß der jüngst gestorbene österreichische General Sprecher v. Bernegg Schweizer von Geburt war. Sein einer Vetter ist Chef des schweizerischen Generalstabs, ein anderer deutscher Reichsgerichtsrat. Natürlich war und ist jeder seinem Vaterlande treu ergeben und empört über die Internationalen, die angeblich das nationale Ideal aus des Volkes Herzen reißen wollen. Man denkt dabei an die Familie S o h e n l o h e: ein Bruder päpstlicher Kardinal, der zweite österreichischer Hofmarschall, der dritte deutscher Reichskanzler, aber mit Verbindungen in Frankreich und Rußland, und sein Sohn, früher deutscher Kreisdirektor und Reichstagsabgeordneter, bereit, die russische Staatsangehörigkeit zu erwerben, weil Alexander III. das forderte. — Ja, „die Religion muß dem Volke erhalten bleiben“. Und das „Vaterland“ auch.

Die württembergischen Landtagswahlen finden in den Oberamtsstädten und den sogenannten guten Städten am 13. November statt. Die Landesproporzwahl, bei denen noch 17 Abgeordnete von der Wählerschaft des ganzen Landes, in zwei Wahlkreise getrennt, nach dem Verhältniswahlverfahren gewählt werden, können hiernach unter Berücksichtigung der Bestimmungen des Wahlgesetzes in die Zeit vom 16. bis 19. Dezember fallen. Alle drei Wahlgänge, die das neue Wahlgesetz vorsieht, werden sonach vor Weihnachten beendet werden und anfangs Januar kann der neue Landtag zur Etatsberatung zusammentreten.

Zweierlei Maß. Arbeiterturnvereine werden von Polizei und Gerichten als politisch erklärt, wenn sie nur turnen und sich jeder politischen Rundgebung enthalten. Ihre Mitwirkung auf Arbeiterfesten und ihre Bekanntmachungen der Turnabende in sozialdemokratischen Blättern genügen schon, um sie für politisch zu erklären und den Ausschluß der Jugend unter 18 Jahren zu bewirken. Bürgerliche Turnvereine können recht tüchtig gegen die Sozialdemokratie hegen; das ist keine politische Tätigkeit. Jetzt gehen sogar in Ostpreußen die Landräte dazu über, in solchen „unpolitischen“ Vereinen die kräftigste politische Propaganda zu entfalten. Der Landrat des Kreises Wehlau hat auf dem Kreispielfest eines Vereins der Jugend in der Körperpflege die Festrede gehalten und erklärt, daß den Schreibern nach Recht gar nicht früh genug der Mund gestopft werden könne! Dann empfahl er den politischen Boykott und forderte die Zuhörer auf, die liberale „Wehlauer Zeitung“ aus den Häusern zu werfen! Und diese „unpolitische“ Festrede wurde gehalten, als die letzte Niederstrophe „Einigkeit und Recht und Freiheit“ verklingen war. Selbstverständlich wird dem Landrat und dem Verein nicht ein Haar gekrümmt werden. Die liberalen Blätter kündigen wohl an, dem Herrn Landrat werde Gelegenheit gegeben werden, sich an anderer Stelle näher

über seine amtliche politische Beeinflussung und über seinen Versuch zur Geschäftsschädigung eines gewerblichen Unternehmens zu äußern, doch eher fällt der Himmel auf die Erde, als daß unter dem heutigen Regime gegen die Uebergriffe eines ostelbischen Landrats und eines nationalen Vereins vorgegangen wird.

Der neue Reichstagspräsident. Der Reichstag muß bei seinem Zusammentritt sich wieder einen Präsidenten wählen. Diese Aufgabe steht fest. Es kann sich nur darum handeln, wer zu diesem Amt berufen wird. Die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt bereits:

„Die Fortschrittliche Volkspartei wird kaum das Vorschlagsrecht für sich in diesem Falle in Anspruch nehmen, da sie auch nach dem Rücktritt des Herrn Kämpf im Präsidium, und zwar ihrer Zahl entsprechend, vertreten ist. Daß das Zentrum und die Rechte für einen fortschrittlichen Präsidenten stimmen werden, halten wir für ausgeschlossen. Wie die Nationalliberalen sich zu der Angelegenheit stellen werden, steht dahin. Jedenfalls ist nun die Gelegenheit geboten, das Präsidium des Reichstags so umzugestalten, daß seine Zusammensetzung dem Stärkeverhältnis der bürgerlichen Parteien entspricht.“

Es ist richtig, die Entscheidung liegt bei den Nationalliberalen die von Anfang an den Standpunkt vertreten haben, es müßte ein Präsidium unter Ausschluß der Sozialdemokraten und der Konservativen gebildet werden. Unter diesen Umständen ist es sehr wahrscheinlich, daß in einigen Wochen Herr Peter Spahn den Präsidentensitz im Reichstage erklommen wird.

Die Christlichen und das Zuchtungsgezet. Die „Kreuzzeitung“ ist mit dem christlichen Gewerkschaftskongreß, der vorige Woche in Dresden tagte, im großen ganzen sehr zufrieden. Um so zufriedener, als ein Vertreter der konservativen Partei, der Abg. Graf Carmer-Bieserwitz, von dem Kongreß freundlich aufgenommen wurde, was die „Kreuzzeitung“ zu der Hoffnung berechtigt, daß die christlichen Arbeiter auch als Wähler den Konservativen nützlich werden können. Nur mit einem ist die „Kreuzzeitung“ nicht zufrieden, und sie kann sich nicht verkneifen, ihre „diesbezüglichen“ Bedenken zu äußern:

„Mit einem wahren Fanatismus hat die Leitung der christlichen Gewerkschaften sich in eine unverständliche Gegnerschaft zu der notwendigen Verwirklichung des Arbeitswilligenschutzes berrannt. Ohne Zweifel ist das noch immer die Wirkung der von der Sozialdemokratie angelegten, vom „sozialen“ Liberalismus unterstützten unwarigen Hebe gegen das sogenannte Zuchtungsgezet. Von diesem Nachsprechen roter Phrasen, von der Unterstellung aller Motive bei den Verantwortlichen von Schutzmaßnahmen gegen sozialdemokratische Vergewaltigungen sollten die christlichen Gewerkschaften sich endlich befreien. Es berührt jedenfalls höchst peinlich, als der Reichstagsabgeordnete Weder in seinem Korreferat über das „Arbeitsrecht“ die Freunde des Arbeitswilligenschutzes als bummle oder hochstafte Leute charakterisierte, ohne daß er eine Zurückweisung erfahren hätte.“

Der Schmerz der „Kreuzzeitung“ ist begreiflich. Aber sie sollte nicht vergessen, daß die sterilen Drahtzieher wenigstens einige Rücksicht auf die Zentrumsarbeiter nehmen und vor der Öffentlichkeit Arbeiterfreundlichkeit heucheln müssen. Es ist gar nicht so böse gemeint, wenn ein Weder oder sonst einer der sogenannten Arbeitervertreter des Zentrums grobe Worte gegen eine Zuchtungsvorlage gebraucht; wenn darauf ankommt, werden diese Leute im Reichstage einer Anbelung der Arbeiterchaft nicht ernsthaft widerprechen.

Aus einer Zentrumsredaktion. In unserem Kölner Bruderblatt, der „Rheinischen Zeitung“, macht ein Redakteur, der bei dem „Machener Volksfreund“ einem der größten westdeutschen Zentrumsblätter, tätig war, seinem gepreßten Herzen Luft. Er schreibt u. a.:

„Wie bei so manchem Redakteur — noch kein ehrlicher hat länger als zwei Monate am „Volksfreund“ ausgehalten hatten noch bei mir die am „Volksfreund“ täglich sich häufenden Einträge des Geistes der Lüge und Heuchelei, unter dessen

germalender Wucht alle Ideale von vornherein schmählich zerrieben werden.“

Noch kürzlich, bei einer Betrachtung der gemeinsamen Lage habe einer der Redakteure am „Volksfreund“ ihm zugerufen: „Wenn unsere Leser wüßten, was wir für Menschen sind!“

Bei dem Anblick der vielen langen Reden auf dem Katholikentage habe der Verleger des „Volksfreund“ gesagt:

„Warum sollen wir denn den ganzen Quatsch bringen? Es ist doch jedes Jahr dasselbe Zeug!“

Den Volksverein für das katholische Deutschland habe der Chefredakteur des „Machener Volksfreund“ die „Münchener-Glabbacher Sudelküde“ und Dr. Pieper nebst Dr. Brauns, die M.-Glabbacher Direktoren, die Oberköche genannt.

Der bisherige Zentrumsredakteur erklärt, daß er durch seine Veröffentlichung den Lesern der Zentrumsredaktion die Augen öffnen wolle. Sie möchten sich auf Grund des Gesagten ein Urteil über den „Volksfreund“ im besonderen und die Zentrumsredaktion im allgemeinen bilden.

Ausland.

Schweiz.

Der Züricher Generalfreist. Die Bewilligung der 32 000 Franken, die das Truppenaufgebot anläßlich des Streiks vom 12. Juli erforderte, sollte eine vernünftige Abrechnung mit den Anstiftern des Aufstands, zu dem bürgerliche Angst den friedlichen Demonstrationstreif gestempelt hat, und eine glänzende Vertrauenskundgebung für den pflichtbewußten Schützer der Ordnung, den Regierungsrat, bringen. Es kam wieder einmal anders. Zwar zeigte die Rede des Regierungsrats Roujon, der die Vorlage verteidigt, die Solidarität der Regierung mit den Unternehmern und ihren schärfmaderischen Vorführern noch weit inniger, als man erwartet hatte. Und die freisinnig-demokratischen Redner ließen nichts unversucht, die Einführung einer gewerkschaftlichen und gemeindefählichen Streikbrecherbande, das Verbot des Streikpostens und die Heranziehung der Truppen gegen friedliche Demonstrationen ebenso berechtigt zu finden, wie das völlig apathische Verhalten der Regierung gegenüber dem Unternehmertum, das dem eintägigen Streik eine zehntägige Ausdehnung folgen ließ und selbst Staatsbehörden zur Mißhandlung verleitet. Aber der Sieg im Geisteskampf war nicht den unerbittlichen, arbeiterschützenden Schärfmachern namentlich ländlicher Vertreter noch den halbgeistigen Vermittlern bürgerlicher „Arbeiterfreunde“, beschieden. Vielmehr vermochten unsere Genossen Schwend, Geuber, Sigg und Genüch durch reichliches Tatsachenmaterial und wuchtige Gedanken, die Sache der Arbeiter zu rechtfertigen und die einseitige Massentendenz der herrschenden Gruppen darzutun. Sigg endete gab die eingehende Darstellung des Sachverhalts, wobei ihm ein geheimes Protokoll des Vorstandes der Schärfmacherorganisation, die hinter der Regierung steht, zu statten kam. Sigg zeigte die moralische Kraft, wie sie sich im und nach dem Streik offenbarte, und brandmarkte die Lügenhaftigkeit einer durch Inzinate geleiteten Presse, die eine friedliche Kundgebung zum zuchtlosen Aufmarsch umgestaltete hat. Und mächtig boherrschte unser alter Genüch die Debatte. Er zeigte, wie die Reichslosigkeit der 15 000 ausländischen Züricher Arbeiter Konflikte befördere, wie die Arbeiter zu friedlichem Schiedsspruch bereit waren, aber abgewiesen wurden, ebenso die Regierung, und kennzeichnete den Niedergang der demokratischen Partei von einer kühn vorwärtsdringenden Gruppe zu einem Anhängsel des zünftlerischen hehrerischen Bürgerverbandes. „Noch nie haben solche Verhältnisse in der Welt existiert. Der Kampf gegen dieses moderne Elanementum ist heilige Pflicht. Sie werden mit keinem Mittel die Arbeiterbewegung aufhalten. Noch ist die Weltgeschichte nicht zu Ende, und auch das Zeitalter der Revolutionen ist noch nicht vorbei!“ — Natürlich hieß die Mehrheit, 104 gegen 33 Stimmen, das Verhalten der Regierung gut. Das Volk wird anders richten.

Frankreich.

Die Radikalen gegen den Proporz. Der Parteitag der Radikalen und Sozialistisch-Radikalen in Tours nahm nach ziemlich lebhafter Besprechung einen Antrag an, in dem eine Wahlreform auf der Grundlage des Mehrheitsprinzips beschlossen wird, die ausschließlich von der republikanischen Mehrheit beider Kammern gemacht werden soll. Die Ver-

hättniswahl und der Wahlquotient wurden abgelehnt. Der Vorsitzende des Kongresses, der Senator und ehemalige Ministerpräsident Cambes, kündigte an, er werde den Wahlschlusstrag dem Senat übermitteln.

Australien.

Gegen den Geburtentag. Der Bundesrat hat in dritter Lesung das Mutterchaftsgesetz angenommen, das eine Prämie für jedes Kind vorsieht, das in Australien von weissen Eltern geboren wird.

Den Jahrestag der Revolution beging man am Freitag in ganz China mit großen Festlichkeiten. Die ganze Bevölkerung befindet sich in Feststimmung. Die Einmütigkeit der Bevölkerung wird als bedeutsame Tatsache angesehen. Beim Präsidenten fand nach der Kruppenschau ein Empfang statt. Die Festlichkeiten sollen drei Tage dauern.

Badische Politik.

Gegen die Fleischsteuer.

Die „Karlstr. Ztg.“ teilt amtlich mit: Die Steuerbehörden sind für die Dauer der dergestigten Fleischsteuer ermächtigt worden, die Uebergangsteuer für das in das Großherzogtum eingeführte, ausgeschlachtete Fleisch allgemein aus Billigkeitsgründen zur Hälfte nachzulassen und hiernach statt des Betrages von 8 Pf. nur 4 Pf. für das Kilogramm Fleisch zu erheben. Diese Maßregel war bekanntlich vor kurzer Zeit angekündigt worden.

Ein Vorstoß gegen die Tarifhoheit der badischen Eisenbahnen?

Von hochgeschätzter beamteter Seite in Karlsruhe wird der Mannheimer „Volkstimme“ geschrieben:

„Man spricht hier in jenen Beamtenkreisen, die aber der Entwicklung der Dinge im badischen Eisenbahnwesen Bescheid wissen, schon seit einiger Zeit von der Absicht der preussisch-hessischen Staatsbahnverwaltung, eine Neugestaltung der preussisch-süddeutschen Gütertarife dadurch herbeizuführen, daß in Zukunft eine Zentrale der Geschäftsführung für die Staatsbahnen des ganzen Reiches geschaffen werden soll, die natürlich in Berlin ihren Sitz bekäme. Das gesamte Eisenbahnnetz des Reiches soll dann 16 Verwaltungen bekommen, von denen 10 auf Preußen-Hessen und je eine auf Sachsen, Bayern, Württemberg, Baden, die Pfalz und auf Elsaß-Lothringen entfallen würden. Zwischen je einem preussischen Verwaltungsbezirk einer- und einem süddeutschen andererseits würde dann ein Gütertarif zu vereinbaren und die Ausnahmetarife festzusetzen.“

Diese preussischen Bestrebungen müssen in Süddeutschland auch denjenigen bedenklich erscheinen, die im übrigen für jede Vereinfachung des Eisenbahndienstes zu haben sind. Zunächst sollte uns Bedenken wie auch den übrigen süddeutschen Staaten der Umstand zur Vorsicht mahnen, daß der preussische Vorschlag keine Angaben darüber enthält, wie die Frachttarife zu berechnen wären, unter die dabei beteiligten Verwaltungen zu verteilen sind. Dann aber würde Süddeutschland auch Gefahr laufen, die besondern Verkehrsbedürfnisse, die in der wirtschaftlichen Eigenart seiner einzelnen Bezirke begründet sind, in Zukunft von einer weit entfernt gelegenen Zentrale, die sie nicht oder doch nur schwer beurteilen kann, weit weniger berücksichtigt zu sehen, als es bisher der Fall war seitens der eigenen Landesverwaltungen. Und diese Gefahr ist für Industrie, Handel und Gewerbe in Süddeutschland keineswegs gering anzuschlagen, da im Falle widerstrebender Interessen zwischen Nord und Süd der Sitz der Zentrale in Berlin naturgemäß nur allzu leicht eine Präpondanz der norddeutschen Einflüsse begründen würde.

Wir haben es hier also mit einer Behrührung der Tarifhoheit Süddeutschlands zu tun, die — aus wirtschaftlichen Gründen — von größter Tragweite wäre und deshalb diesseits des Rheins angespannte Aufmerksamkeit erheischt. Eine tut dabei schon deswegen not, da wie hier verlautet, die Angelegenheit bereits im nächsten Monat in einer Konferenz von Vertretern der deutschen Eisenbahnverwaltungen in Berlin behandelt werden soll.“

Wenn der Vorhang fällt.

Aus der Komödie des Lebens. Roman von Jonas Lie.

86

(Fortsetzung.)

Fräulein Morland ging mit bleichem, aber seltsam leuchtenden Antlitz umher. Nach dem ersten dumpfen Eindruck des Schreckens war es über sie gekommen wie ein Gefühl der Erleichterung — der Befreiung.

Nun waren alle Fesseln und Sägungen der Menschen zu Boden gefallen wie morsche Säune. Nun hatte sie nur noch ihren Gott, vor dem sie knien mußte — und er sah, was Menschen nicht sahen; vor ihm durfte sie als Mutter ihres Kindes stehen.

Ein wilder Drang, es allen laut zuzuschreien, stieg in ihrer Seele auf.

Das ist mein Kind — meines — ich bin Gunnars Mutter — hört ihr!

Es ist Schmach — es ist Schande! Aber ich will sie tragen — als mein Liebste auf Erden!

Ich habe aus Menschenfurcht mein Kind verleugnet — bin einen Bußgang voll Entbehrung und Kummer gegangen. —

„Und jetzt soll das alles vorüber sein, mein kleiner Gunnar!“ flage sie, indem sie ihn liebte. „Du siehst so frohlich und vergnügt aus — verstehst nichts.“

Nicht länger mehr werden wir beide zwischen den Menschen, zwischen Lüge und Wahrheit hin und her gezerrt werden. — Vielleicht werde ich mit Dir in einem lichten Lande sein, und Du wirst wissen, daß ich Deine Mutter bin — und ich werde nicht zu erröten brauchen um Deinetwillen! Es ist vielleicht am besten für uns so, mein Gunnar!“

„Lieber Doktor Angel,“ rief sie, als sie einen Blick auf die Familie erhaschte — „Gunnar ist mein Kind — mein Sohn! Ich bin seine Mutter, so wie Sie, Frau Doktor, Jaks Mutter sind!“

Aber Jak hat beide — Vater und Mutter!“

— Sie hielt Gunnar dem Geiger entgegen, der nichts sah — und rief es Mathias Wiig zu, der nichts hörte;

„Es ist mein Kind. Ich bin seine Mutter!“ Mit einem blaffen Schimmer von Glück ging sie umher, als träte sie auf heiliges Land.

Ringsum schrie und freischte man, daß es jetzt explodieren würde. — Der Braummantel kam Fräulein Morland totenblau entgegen:

„Es ist mein Sohn!“ — sagte sie mit Selbstbewußtsein — „Gunnar ist mein Sohn!“

„So haben Sie gelebt und gelitten“ — murmelte er. „Ich aber habe niemals gelebt. Und werde nun in Ewigkeit nicht leben!“

Seine Lippen zitterten. „Wollen Sie damit sagen, daß ich Gunnar nicht wiedersehen werde?“ rief sie. „Daß Gunnar nur ein gestohlenes Gut war — ein Besitz, den ich mir hier auf Erden raubte.“

Der Braummantel legte die Hand schwer auf ihre Schulter:

„Ich fühle es — in Ihnen ist der Funke des Lebens — ein armer, friererender Mensch, wie ich, fühlt sich bei Ihnen wie bei der Urwärme.“

Ueber ein kleines — über ein kleines! — — — Schon sehe ich das Schiff auf des Meeres stillem Grunde — das Wasser drängt zu den Kajütentüren aus und ein — und alle Lebensanschauungen hängen da wie verrottete Tümel — und ich — ich gehe auf dem Deck umher — und wandere — wandere —

„Auch Sie sind doch einmal ein Kind gewesen.“ — tröstete sie. „Und Er, der die Macht hat, Menschen zu schaffen, hat Ihnen wohl auch Ihre Wege gewiesen.“

„Helfen Sie mir, helfen Sie mir!“ hat er verzweifelt. „Ich fürchte mich so. Aus der Leere komme ich — und soll wieder hinaus in die große Leere!“

Die Sonne zeigte sich als matte, gelbe Kugel zwischen dem über Tauern und Rachen erst schwach sich lüchtenden Nebel.

Hinter seinen Schleim kämpfte der Lebenserhaltungstrieb — und rang die Todesangst an den verschiedenartigsten Individualitäten und Naturen.

Einige hoben die Hände betend gen Himmel. Andre wälzten sich jammernnd auf dem Verdeck.

Weiter vorn jaudzten sie bei der Plätsche. — Grip war wie im Fieber umhergestürzt — spähend — suchend. —

Da war sie endlich! Bild schluchzend, mit roten Augen und strömenden Tränen — warf Mary Johnson sich bald an den Hals der Mutter, bald verzweiflungsvoll in die Arme des Vaters.

Die Eltern standen schreckgelähmt und stöhnten. Sie streichelten und liebkosten und drückten sie in der Hoffnungslosigkeit an sich. „Du liebes Kind! Du liebes Kind!“

Grip rang die Hände und Tränen brachen aus seinen Augen. Welch ein Jammer, das ansehen zu müssen!

„Könnte ich Ihnen doch helfen! Könnte ich Sie doch retten! — retten für Ihren Verlobten!“ fügte er leise hinzu.

„Meinen Verlobten?“ Mary wandte ihm plötzlich das tränenerfüllte Gesicht zu. „Meinen Verlobten?“

Er näherte sich fachte und legte seine Hand auf ihren Arm.

„Ja, Mary Johnson — ich gäbe mein Leben, könnte ich Sie für Ihren Verlobten retten — für Herrn Wedekin! Ich gäbe mein Leben!“

„Sag es ihm Vater,“ weinte und schluchzte sie — „sag ihm, daß Anton Wedekin nicht mein Verlobter ist — daß wir von klein auf wie Bruder und Schwester gewesen sind — Anton und ich. — Sag es ihm, Vater!“

Mary schluchzte laut.

Mary Johnson — — — Mary! Es wäre für mich das Höchste gewesen, wenn ich Sie hätte gewinnen können! Ich wußte das auf den ersten Blick! Sie waren die eine, die einzigte für mich!“

In Marys Augen war ein Leuchten — ein strahlender Ausdruck gekommen.

„Und jetzt sterben müssen!“ sagte sie leise. „Geben Sie nicht fort — verlassen Sie uns nicht!“

„Wir werden nun vier sein, die das Schicksal teilen!“ sagte er mit bebenden Lippen, indem er wie zum Schutze seine Arme um sie breitete. —

(Fortsetzung folgt.)

Soffentlich äußert sich die „Karlsruher Zeitung“ zu dieser Angelegenheit.

„Fortschrittler“ und Scharfmacher.

In einem Artikel in der Demunziationsaktion des Süddeutschen Industriellen-Verbandes gegen den bekannten sozialistischen Pastor Dr. Lehmann bemerkt der „Badische Landesbote“:

„Was uns aber am tiefsten schmerzt — und es gibt gar nichts, hier unangebrachte Rücksichten zu nehmen — ist, daß ein Mannheimer Stadtverordneter, der sich zur Fortschrittlichen Volkspartei rechnet, an dieser Eingabe des Verbandes hervorragend beteiligt ist. Es hätte des getreuen Hinweisers der „Volkstimme“ wahrlich nicht erst bedurft, daß wir hier klipp und klar erklären, daß uns die Mitwirkung an einer derartigen Eingabe mit den Grundprinzipien der Fortschrittlichen Volkspartei unvereinbar zu sein scheint. Wir glauben zu wissen, daß auch in den maßgebenden Kreisen unserer Mannheimer Parteifreunde diese unsere Auffassung geteilt wird.“

Damit ist es nicht getan, daß der „Badische Landesbote“ die Haltung des „fortschrittlichen“ Scharfmachers Dr. Artmanns — so heißt der in Frage kommende Herr — als mit den Grundprinzipien der Fortschrittlichen Volkspartei unvereinbar erklärt. Man darf neugierig sein, was seitens der Fortschrittler in diesem Falle weiterhin geschieht.

Sozialdemokratie und Petroleummonopol.

Der „Bad. Beobachter“ läßt sich von gut unterrichteter Seite schreiben, daß die Sozialdemokratie einem angeblich beabsichtigten Petroleummonopol „imman werde. Die „gut unterrichtete“ Seite bemerkt weiter:

„Die Regierung will nämlich schon im ersten Jahr rund 25 Mill. Mark mehr aus dem Petroleum herausziehen, als jetzt. Wenn sie dies offen sagt und den nächstliegenden Weg der Erhöhung des Zolles geht, dann bekommt sie nie eine Mehrheit, in diesem Reichstage schon gar nicht. Darum soll der Amtsweg über das Monopol gemacht werden, um eben die Genossen einzufangen. Ob Monopol oder Steuer, wenn das Reich aus dem Petroleum 25 Mill. Mark mehr herausziehen will, so ist das eben eine neue indirekte Steuer für die ärmsten Volkskreise; diesen ist es ganz gleichgültig, wie sie zu bezahlen haben. Das Monopol ist vom Standpunkte des Steuerzahlers sogar das Schlimmere, denn wenn wir erst das Monopol haben, dann wird bei jedem Geldbedarf des Reiches einfach der Preis in die Höhe gesetzt, und kein Mensch kann sich wehren. Die Sozialdemokratie, die für das Monopol stimmt, stimmt damit auch für die neuen Zukunftslasten.“

Der „Bad. Beobachter“ und seine „gut unterrichtete Seite“ müßen sich beruhigen, die Sozialdemokraten werden zu einer Verteuerung des Petroleums bestimmt nicht die Hand bieten. Ein Monopol, allerdings ein privates, besteht aber heute schon und wenn Maßnahmen getroffen werden können, den Profit dieser Privatgesellschaften herabzubringen, um gleichzeitig den Verbrauch zu verbilligen, so wird die Sozialdemokratie ihre Mithilfe nicht verweigern. Der „Bad. Beobachter“ vertritt in der von ihm veröffentlichten Einwendung direkt die Interessen der Magnaten des Petroleum-Trusts und es ist eine geradezu erbärmliche Scheuerei, wenn ein führendes Blatt des Zentrums über Verteuerung des Petroleums jammert, ein Blatt derselben Partei, die sich nicht gescheut hat, dem Volke sogar die Streichhölzer zu verteilen!

Ein Verkehrslebens.

Man schreibt uns: Die Eisenbahnverbindung zwischen Karlsruhe und der Pfalz ist eine der jämmerlichsten, die man sich denken kann und doch haben Baden und die Pfalz ein großes Interesse an einer günstigen Verkehrsverbindung zwischen beiden Gebieten.

Die lange Fahrzeit, der lange Aufenthalt auf einzelnen Stationen, die schlechte Beschaffenheit der Wagen der 4. Klasse verleiden dem Publikum das Reisen. Für die Zurücklegung der 86 Kilometer langen Eisenbahnstrecke von Karlsruhe nach Bergzabern gebraucht der Personenzug eine Fahrzeit, der Aufenthalt in Winden eingerechnet, von rund zwei Stunden. Für die Rückfahrt wird die Sache noch toller. Der Zug, welcher nachmittags um 4.24 Uhr Bergzabern verläßt, trifft 4.50 in Winden ein. Dieser gebraucht wie die meisten Züge auf der Strecke Winden-Bergzabern für die Zurücklegung der 10 Kilometer langen Strecke eine Fahrzeit von 26 Minuten. Dies gleicht einer Fahrgeschwindigkeit von 23 Kilometern in der Stunde. In Winden ist der unvermeidliche Aufenthalt von über einer halben Stunde, dann fährt der Anschlußzug um 5.26 Uhr in Winden ab, kommt um 5.45 Uhr in Wörth an; hier ist ein weiterer Aufenthalt von 21 Minuten. Dann geht die Fahrt drei Kilometer weiter bis Maximiliansau, hier gibt es einen weiteren Aufenthalt von 5 Minuten wegen Maschinenwechsel, dann geht es über die Rheinbrücke nach Magau einen Kilometer weiter; hier sind abermals wegen Maschinenwechsel ca. 5 Minuten Aufenthalt und man gelangt des Abends 6.46 in Karlsruhe an. Man gebraucht also mit diesem Zug für die Zurücklegung der 86 Kilometer langen Eisenbahnstrecke eine Fahrt und Wartezeit von 2 Stunden und 22 Minuten.

Den bayerischen und badischen Eisenbahnbeamten kann der Vorwurf nicht erspart werden, daß sie in unverantwortlicher Weise durch denartige Zugverbindungen und Wartezeiten dem Publikum die Zeit rauben, daß sie durch ein solches rücksichtsloses Vorgehen das Publikum und auch sich selbst, das heißt die Einnahmen der Eisenbahnkasse schädigen. Durch eine solche sinnlose Verkehrspolitik werden nicht nur die Einnahmen der Eisenbahnkasse vermindert, sondern die Betriebskosten werden dadurch noch bedeutend erhöht.

Wie viel einfacher und günstiger wäre die Einlegung von Triebwagen auf dieser Strecke. Ein Triebwagen nebst Anhängewagen würde für die Aufrechterhaltung einer günstigen Verkehrsmöglichkeit mit Ausnahme der Arbeiterzüge vollauf genügend, derselbe könnte die Strecke von Karlsruhe nach Bergzabern oder Kardern in einer Stunde zurücklegen. Die Betriebskosten für Triebwagen sind um 50 Prozent billiger wie die beim schwerfälligen Personenzugverkehr.

Die Wagen der 4. Klasse lassen in Bezug auf Reinlichkeit viel zu wünschen übrig. Ich sah in dem Wagen Nr. 12 596, Eigentum der Bayer. Staatsbahnen, die Vorhänge waren zum Teil abgerissen und so schmutzig, daß man glauben konnte, dieselben seien im Schornstein geräuchert worden. Die Sitzbänke (8 Sitz- und 16 Stehplätze hatte die Abteilung A. dieses Wagens) waren in derselben Verfassung. Die Sitzplätze, die wegen Mangels an Wänden an der Decke des Wagens in Gestalt von Halteriem für die 16 Stehplätze angebracht sind, haben zum Teil ihre Verbindung abgelegt und zeigen sich in ihrer Nacktheit den Fahrgästen. Das Symbol der deutschen Verkehrspolitik grüßt uns aus den geöffneten Ledermänteln der Halteriem entgegen: „Eisenletten“! Eisenletten

dem Fortschritt in der Tarifbildung durch Generalabonnement, Eisenletten durch schlechte und ungünstige Zugverbindungen; Eisenletten statt — Sitzbänke!

Nur so fortgefahren, St. Bureaukratismus, je reaktionärer du dich zeigst, je mehr du das Volk schädigt und schikanierst, umso rascher wird dein Stündlein schlagen. Dann erst kann eine großzügige Verkehrspolitik nach dem Muster der Schweiz, Belgiens, Hollands oder Schwedens herbeigeführt werden. Nur über deine Leiche führt der Weg zum wahren Fortschritt!

Landesverband badischer Redakteure. Die diesjährige ordentliche Hauptversammlung findet nunmehr am 10. November, vormittags 11 Uhr, in Karlsruhe statt. Tagesordnung der öffentlichen Sitzung: 1. Begrüßung der Gäste. 2. Vortrag über „Die Bedeutung der Journalistenorganisationen für die Öffentlichkeit.“ (Referent: der Vorsitzende.) Tagesordnung der geschlossenen Sitzung: 1. Verlesung des Protokolls der letzten Sitzung. 2. Jahresbericht und Kassenbericht. 3. Journalistische Tagesfragen. 4. Erweiterung der Organisationsgrundlagen. 5. Mitteilungen über einen Versicherungsvertrag. 6. Anträge und Verschiedenes. Vor der Hauptversammlung findet um 10 Uhr im gleichen Lokal eine Sitzung des Vorstandes statt.

Vom Landtag. Für die Beratung und Erledigung des Wurgkrautgesetzes und des damit in Verbindung stehenden Nachtragssetzels im Plenum der Zweiten Kammer sind zwei Sitzungen in Aussicht genommen. Nach der Annahme dieser Vorlagen gehen dieselben an die Erste Kammer, welche sie, wie man annehmen darf, in einer Sitzung beraten wird. Wie man hört, soll in der Zweiten Kammer eine Interpellation an die Regierung wegen der Fleischsteuerung gerichtet werden.

Die Teuerung.

Folgen der Fleischnot. Aus Anlaß der in Köln vorgekommenen Massenfleischvergiftungen veröffentlicht ein Kundiger in unserm Kölner Beobachter Dinge, die nahezu an den Roman Lyton Sinclair's über die Chicagoer Schlachthauszustände erinnern. Der Gewächsmann hat jahrelange Gelegenheit gehabt, die sogenannten Fleischschlächtereien, im Landkreise Düren, besonders in den Orten Güzgenich, Goben, Marienweiler und Werten zu beobachten und hat seine Erfahrungen den Regierungsbehörden mitgeteilt: In den Fleischschlächtereien wird gewöhnlich das Fleisch von kranken Tieren verarbeitet, der Knochen entleert, in Stücke verpackt und nach allen möglichen Gegenden versandt. Der Kreis Düren sei insbesondere die Abzweigung für einen großen Teil der Rheinprovinz. Das Fleisch von Tieren, die nicht gerade an Milzbrand, Rinderpest und dergleichen krank waren, werde tierärztlich vielfach als zum Genuß noch geeignet freigegeben, obwohl gesundes Fleisch niemals vom kranken Tier kommen könne. Die Fleischschlächtereien kauften speziell zweifelhafte Tiere, auch solche, die schon dem Verenden nahe seien, und zwar in allen Gegenden der Rheinprovinz auf Entfernungen von 50 und mehr Kilometer. Häufig könne von einer regelrechten Schlachtung nicht mehr, höchstens von Not- und Notgeschlachtung gesprochen werden. Häufig aber würden nachlässigere Tiere, die dem Verenden nahe sind, ohne jede Untersuchung geschlachtet und heimlich an die Metzger der verschiedensten Städte zur Verarbeitung überandt.

Der Gewächsmann hat dem Landrat des Kreises und dem Regierungspräsidenten in Aachen vor längerer Zeit Anzeige gemacht und von dem letzteren die Antwort erhalten, daß alles veranlaßt worden sei, „was nach Lage der Sache zur Klärung der erbobenen Beschuldigungen sowie zur Befestigung und Verhütung etwaiger (!) Mißstände geboten und möglich war.“ Am übrigen werde „die Angelegenheit weiter im Auge behalten werden.“ Der Gewächsmann behauptet, daß trotzdem der gemeingefährliche Betrieb fortbauere, und wiederholt Fleischvergiftungen zur Folge gehabt habe.

Es ist festzustellen, daß bei den zahlreichen Fleischvergiftungen in Köln tatsächlich Fleisch aus dem Kreise Düren mit in Frage kommt. Bei der Kölner Staatsanwaltschaft ist unter Benennung von neun Schlächtereien als Zeugen und von zwei jener sichtscheuen Händler als Verdächtige eine Anzeige eingegangen, in der behauptet wird, daß zum Zweck der Verwertung jahrelang krankes und tierärztlich nicht untersuchtes Fleisch zum Preise von 25 und 30 Pf. pro Pfund von jenen Händlern unter dem Schutze der Nacht nach Köln geliefert worden ist.

Sachsin gegen Aenderung des § 12 des Fleischbeschaugesetzes.

In der hiesigen Preßsachsin wurde gemeldet, daß die sächsische Regierung bereit sei, zur Aenderung der Fleischbeschau im Bundesrat die Aufhebung des § 12 des Fleischbeschaugesetzes zu befürworten. Nach Informationen an maßgebender Stelle — so schreiben die „Dresdener Nachrichten“ — denkt die Regierung nicht daran, dem Beispiele Bayerns, den § 12 einer Aenderung oder teilweisen Aufhebung zu unterziehen, sich anzuschließen, sondern sie vertritt ebenso wie die preussische Regierung, auch heute noch in ganzen Tierkörpern, die beim Rindvieh ausschließlich der Häuter und Schweine in Häften zerlegt sein können, eingeführt werden darf.

Viehändler und Regierungsmaßnahmen.

Vertreter des Bundes. Der Viehhändler waren am Samstag in Berlin versammelt und protestierten in einer Resolution dagegen, daß die Ermäßigung an Zoll und Fracht nur den Städten zugute kommen solle. In dieser Resolution liege eine schwere Schädigung des Handels, der dadurch in seinen legitimen Interessen bedroht werde. Es geht nicht an den Handel für die Sünden einer verkehrten Wirtschaftspolitik verantwortlich machen zu wollen. Wenn die Staatsregierung die Ueberzeugung habe, daß der augenblicklichen Teuerung nur durch vermehrte Einfuhr aus dem Auslande begegnet werden könne, so dürfe der Handel von den ihm zufallenden Aufgaben nicht ausgeschlossen werden.

Die Bruchsaler Krankenkassentagung.

In den letzten Tagen sind über die in Bruchsal stattgefundene diesjährige Generalversammlung der Freien Vereinigung Badischer Krankenkassen verschiedene Artikel in der Presse erschienen, die sich hauptsächlich mit der Vorberufung am Samstag abend beschäftigten und in denen in den nicht eingeweihten Kreisen der Bevölkerung der Verdacht zu nähren versucht wird, als würde in der Vereinigung Politik, und zwar sozialdemokratische Politik, getrieben. Den Reigen dieser Verdächtigungen, Denunziationen und Verleumdungen eröffnete und führt heute noch die Zentrumspreßelandauf und landab. Da ich mich prinzipiell bei der Behandlung von Meinungsverstehensheiten oder Regelung sonstiger innerer Fragen der Vereinigung niemals der Presse irgendwelcher Partei bedient habe, sondern auf dem Standpunkt stehe, daß hierzu die Vorstandssitzungen und die Generalversammlungen da sind, hätte ich auch jetzt nicht das Wort ergriffen, wenn mir nicht der „Badische Beobachter“ (Nr. 261 1. Blatt) von der Geschäftsstelle dieses Blattes zugeführt worden wäre.

In dieser Nummer befaßt sich ein unschwer zu erratender Einsender (Herr Ziegelmaier?) wiederum mit dem Vorgehen Ziegelmaiers-Offenburg und sucht dessen

Verhalten in der Vorberufung zu beschönigen und als korrekt hinzustellen. Soviele Behauptungen, soviel Lügen.

Nach mit der Zentrumspreß und speziell mit dem Einsender des Artikels im „Bad. Beobachter“ in eine Polemik über meine Geschäftsführung einzulassen, fällt mir niemals ein. Darüber entscheiden andere Instanzen als der offenbar in Offenburg zu jugende Artikelschreiber. Aber das darf hier erwähnt werden, daß nach Schluß der Versammlung verschiedene dem „Bad. Beobachter“ und dem Einsender nahe stehende Personen mir persönlich den Dank aussprachen für die ruhige, sachliche und unparteiische Leitung der Verhandlungen.

Daß etwas geplant war, geht schon daraus hervor, daß in Bruchsal eine Vorberufung arrangiert war, wozu ein Kreis aus Leserener Einladung erhalten hatten und merkwürdigerweise haben auch Vorstandsmitglieder der Bruchsaler Ortskrankenkasse vom Herrn Pfarrer eine Einladung zu dieser Besprechung erhalten. Nun frage ich: Was geht den kath. Pfarrer die Generalversammlung der badischen Krankenkassen an? Die Frage ist leicht zu beantworten und verweise ich nur auf die vor einigen Tagen erfolgte Gründung eines Sonderverbandes deutscher Krankenkassen auf sogen. „nationaler“ Grundlage in Köln, worauf der Artikelschreiber ja auch abhebt. Da liegt der Hase im Pfeffer. Man kann eben in gewissen Kreisen das einträgliche und freundschaftliche Zusammenarbeiten aller Kassenarten, Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, wie es seit 19 Jahren in der badischen Vereinigung betätigt wird, nicht sehen, und will von dieser Seite auch hier, wie leider auf allen Gebieten, die Politik hineintragen. Daß der Vorort und der Ausschuß bemüht waren, jedwede Politik in der Vereinigung auszuliefern, beweisen die Tatsachen, daß Männer wie Herr Stadtrat und Kommerzienrat Maier (Brenzheim), Fabrik-Direktor Reiss (Mauenthal), Rechtsanwalt Dr. Friedberg (Karlsruhe), Stadtrat Sieferle (Lahr), Generalinspektor Eibel (Mannheim), Malermeister Oberle (Karlsruhe), Professor Heep (Durlach), Buchhalter Böck (Karlsruhe) usw. seit Jahren im Ausschuß tätig waren und, soweit sie nicht durch den Tod, ausgeschieden, heute noch tätig sind. Nun wird wohl niemand behaupten wollen, daß dies Sozialdemokraten waren oder sind. Alle diese Herren haben jahrelang mit dem jetzigen Vertretern im Ausschuß gemeinsam zum Wohle der Krankenkassen gearbeitet und es hat sich nie eine Mißstimmung ergeben.

Der Gipfel der Unwahrheit aber leistet sich der Artikelschreiber des „Bad. Beobachter“ in bezug auf die stattgefundene Ausschußsitzung am 15. Mai in Konstanz, wenn er schreibt:

Für die Ausschußsitzung in Konstanz wurden 673,30 Mk. ausgegeben. Beteiligt daran waren 7 Herren. Herr Hof gab bekannt, daß für diese Sitzung zwei Tage verwendet wurden. Tatsächlich aber begann dieselbe am 15. Mai vormittags halb 10 Uhr und endete mittags 1/2 Uhr. Es war also eine dreistündige und keine zweitägige Tagung. Am anderen Tag war allerdings ein Dampferausflug nach Brezgen vorgesehen. Diese Veranstaltung hat aber mit der freien Vereinigung nichts zu tun. Rechnen wir nun, die Fahrtauslagen 3. Klasse Schnellzug für die Vorstandsmitglieder mit rund 120 Mk. ab, so bleibt noch Rest 553 Mk. Lassen wir auch davon noch 53 Mk. für Porto und Drucksachen usw. (im Rechnungsbuchbericht sind dafür allerdings eigene Posten aufgeführt), so treffen auf den Teilnehmer immer noch 78,50 Mk. Man frage sich nun: Was ist die Frage nach Verwendung der Gelder berechtigt oder nicht?

Wir haben noch nie den Delegierten bestritten, daß sie Auskunft über die Verwendung der Gelder verlangen können, es kommt nur darauf an, in welcher Art und Weise dies geschieht. Wir haben die Öffentlichkeit nicht zu scheuen und können über unser Tun und Lassen jederzeit Rechenschaft ablegen, wie ich dies ja auch getan habe. Der Artikelschreiber behauptet, es hätten an der Sitzung nur 7 Herren teilgenommen. Das ist nicht wahr. Tatsache ist, daß 10 Herren und zwar 6 Vertreter von den in den Ausschuß delegierten Orts- und Betriebskrankenkassen, die 3 Vorstandsmitglieder vom Vorort, sowie der Protokollführer, Herr Verwalter Wischmann (Mannheim) an der Sitzung teilnahmen. Ein Vertreter war verhindert, der Sitzung anzuwohnen. Die Beratungen begannen um 1/10 Uhr und waren beendet um 1/2 Uhr, nicht, wie der Artikelschreiber behauptet, um 1/2 Uhr. Daß man sich auch nach dem offiziellen Schluß der Sitzung noch über einschlägige Fragen der neuen Reichsversicherungsordnung mit den geladenen Vertretern der Gemeinden- und Krankenkassen des Bezirkes unterhielt, ist selbstverständlich. Wie aus folgender Tagesordnung ersichtlich, war auf dieser Ausschußsitzung ein ziemliches Stück Arbeit zu bewältigen. Es wurden Referate gehalten über:

- 1. Die neue Vollzugsverordnung hinsichtlich der Invaliden- und Hinterbliebenen-Versicherung. (Hof)
- 2. Das Bad. Ausführungsgesetz zur R.V.O. (Kräuter)
- 3. Der Arzneibezug nach der R.V.O. und die Handverkaufspreise. (Sigmund)
- 4. Das Angestelltenrecht nach der R.V.O., Stellungnahme zur eventl. Dienstprüfung sowie Dienstordnung. (Hof)
- 5. Die Krankenkassenverbände und die neueste Arztbesoldung. (Perko)
- 6. Die Revision der Verbandsstatuten hinsichtlich der Stimmanteile der Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Ausschuß. (Oberle)
- 7. Die Mitgliedschafts-Erneuerung beim Hauptverband deutscher Ortskrankenkassen. (Hof)
- 8. Verschiedenes, darunter die badische Krankenkassentagung in Bruchsal und die deutsche Hauptversammlung in Köln.

Für die Tagung kamen zwei Tage in Betracht, und zwar 1/2 Tag Hin- und 1/2 Tag Rückfahrt. Kein vernünftig denkender Mensch wird verlangen können, daß die Vertreter in einem Tage die Reise nach Konstanz und zurück machen sollen, denn die Fahrzeit allein beträgt von Karlsruhe nach Konstanz 5, und von Mannheim aus 6 Stunden mittelst Schnellzug, dies wäre allein schon ein Zeitaufwand von 10 resp. 12 Stunden, ohne die 1/2stündige Sitzung. An Vergütung erhielten die Vertreter 2 Tagesgebühren à 15 Mk. und eine Uebernachtgebühr. Daß bei diesen Vergütungen sich niemand bereichern kann, steht doch fest. Oder meint der

Artikelreiter, daß die Ausschmittglieder neben dem Opfer an Zeit und womöglich auch Arbeitsverdienst auch noch finanzielle Opfer im Interesse der Allgemeinheit bringen sollen? Ich glaube, man sollte es dankend anerkennen, daß sich noch Männer finden, die zum Wohle der gesamten badischen Klassen sich dieser recht schwierigen Arbeit widmen.

Die ganze Bosheit des Artikelreiters kommt aber so recht zum Ausdruck, indem er schreibt: „Am anderen Tage war allerdings ein Dampferausflug nach Bregenz vorgesehen, der aber mit der Tagung der Freien Vereinigung nichts zu tun hatte.“ Das wäre noch schöner, wenn einige der Herren am nächsten Tage (es war Himmelfahrtstag) auf ihre Kosten nach Bregenz gefahren sind und sie mühten vorher hierzu erst die Erlaubnis des Artikelreiters einholen. Soweit sind wir denn doch noch nicht, daß nicht jeder über seine Zeit und sein Tun und Lassen frei verfügen kann. Aber gerade diese unmotivierte Anrempelung in der Versammlung war es ja auch, die mich bewog, von „Nadelstichpolitik“ zu reden. Die Auslassungen in dem Artikel beweisen, daß ich recht hatte, als ich dies Wort gebrauchte.

Nun zu der Meinerung des Verwaltungsdirektors Sigmund auf dem Bankett am Samstagabend. Sollte derselbe vielleicht nach einer solchen Szene, wie sie Ziegelmayer (Offenburg) am Nachmittag heraufbeschwor, erklären, eine gewisse Rolle sei heraufgezogen, da hätte er doch sicher nicht die Wahrheit gesagt. Eine Anspielung auf irgend eine Partei lag demselben sicher fern.

Die Quintessenz des von langer Hand vorbereiteten Artikels geht unzweifelhaft aus den Schlüsselzeilen des Artiklers hervor, wo er schreibt:

Nach allem wird die Frage auftauchen: Können die badischen Krankenkassen mit dem Vorgehen der Freien Vereinigung einverstanden sein, wird in dieser Vereinigung tatsächlich das Interesse der Klassen so gewahrt, wie es erforderlich wäre? Die Antwort hierauf dürfte nicht schwer werden.

Wie ich schon oben andeutete, wollen die Macher eine Sonderorganisation gründen. Wir werden sie daran nicht hindern, denn wir wollen in erster Linie durch ein einträchtiges Handeln in Handarbeiten mit allen Klassen unsere Interessen wahren und vertreten. Daß die Freie Vereinigung in dieser Beziehung für alle Klassen schon vieles errungen und verschaffen hat, beweist die Geschichte des Verbandes. Wir glauben aber nicht, daß sich eine nennenswerte Anzahl von Klassen finden wird, die diesen Schritt machen und aus einer Organisation austreten, die seit 19 Jahren besteht, auf 100 000 Mitgliedern beruht und alle Interessenten des Krankenkassenwesens zusammenzuführen und gemeinsam (Arbeitgeber und Arbeitnehmer) unsere Rechte zu schützen.

Zum Schluß erkläre ich ausdrücklich, daß ich auf keine Anpassungen mehr eingehen werde, mag über die Sache weiter geschrieben werden so viel als jeder will. Wir sind für unsere Handlungen der Generalversammlung und dem Ministerium verantwortlich, zu der wir jederzeit bereit sind.

W. Hof, Stadtverordneter,
1. Vorsitzender der Freien Vereinigung bad. Krankenkassen.

Gewerkschaftliches.

Aktion, Metallarbeiter! Wir empfehlen allen organisierten Arbeitern in der Schramberger Uhrfedern-Fabrik in Schramberg keine Arbeit anzunehmen. Es herrschen in diesem Betriebe in Bezug auf Lohn- und Arbeitsverhältnisse die denkbar schlechtesten Verhältnisse. Ebenso ist die Behandlung der Arbeiter unter aller Kritik. Wir werden in nächster Zeit die dort herrschenden Zustände, verglichen mit den Verhältnissen gleichartiger Betriebe, einmal der breitesten Öffentlichkeit unterbreiten, um zu zeigen, in welcher Weise herzutage noch die Arbeiter ausgebeutet werden und wie unter-trosten das Unternehmertum aus den Knochen der Arbeiter bestrebt ist Gewinn zu erzielen. Arbeiterfreundliche Blätter werden um Nachdruck gebeten.

Die Bezirksleitung
des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Aus der Partei.

Frankf., 13. Okt. Am Sonntag hatte der hiesige sozialdem. Verein seine regelmäßige Parteimitglieder-Versammlung abgehalten, in welcher Gen. Kolb den Bericht erstattete vom deutschen Parteitag. Hierzu waren auch die Genossen aus Bruchsal erschienen. Der Besuch hätte von den beiderseitigen Mitglie-dern ein besserer sein können. Im Bericht selber, wie in der Diskussion bildete der Ausschluß Hildebrandts den Hauptpunkt. Von drei Genossen, die sich an der Diskussion beteiligten, sprachen zwei für den Ausschluß Hildebrandts.

Aus dem Lande.

Durlach.
— **Sozialdemokratischer Verein.** Da der 1. Vorsitzende Gen. Weber kurzzeitig im mittelhessischen Parteisekretariat tätig ist, sind alle Zuschriften an den 2. Vorsitzenden Georg Müller, Weingartenstraße 44, 3. St., zu richten.
— **Bürgerausschuss.** Nach längerer Pause war der Bürgerausschuss auf letzten Freitag nachmittags 4 Uhr zu einer Sitzung eingeladen. Die Tagesordnung umfaßte neun, zum Teil sehr wichtige Vorlagen. Vorlage 1 betrifft den Verkauf von Gelände im Gewann Rabenberg (auf dem Turmberg) ca. 22 Hektar und Weinberg zur Erweiterung der Waldanlage und zu dem dort üblich gewordenen Preis von 15 Pf. pro Quadratmeter. Ohne wesentliche Debatte wird der Vorlage zugestimmt, ebenso der Vorlage 2, die den Verkauf von zwei Hauptplätzen an der Dürnbach- und einem an der Kitznerstraße betrifft. Ersterer kauft Herr Architekt Sadberger mit 7,50 Mk. bzw. 5 Mk. pro Quadratmeter, letzteren Herr Prokurist Drüge zu 4 Mk. pro Quadratmeter. — Vorlage 3. Mit dem derzeitigen Besitzer der Schmuckischen Weiche an der Auerstraße, einem Herrn Renold, soll ein Geländeaustausch eingegangen werden in der Weise, daß Renold, längs der verlängerten Wilhelmstraße ca. 1000 Quadratmeter städtisches Gelände erhält. Dafür tritt er ca. 1500 Qm. von seinem Gelände-komplex, darunter das Gelände, worauf, Wohnhaus, Backhaus und Trockenkammer stehen, an die Stadt ab, jedoch die sämtlichen projektierten Straßen dort durchgeführt werden können, während das, was im Besitz Renolds verbleibt, einen kompletten Bauplatz darstellt. Auch diese Vorlage wird ohne Debatte einstimmig genehmigt. Vorlage 4: Verpachtung zweier kleinerer Parzellen aus der Hand, wird gleichfalls genehmigt. Nach Vorlage 5 übernimmt die Stadtverwaltung das Platzwiesen in eigene Regie und schlägt in der Vorlage dafür einen Gehührentarif vor mit möglichen Sägen. Zu dem Tarif schlägt die Liberale Vereinigung einige Verbesserungen

vor, die genehmigt werden, ebenso der Tarif selbst. Vorlage 6, Herstellung der Gasleitung in der Schlossstraße, findet einstimmige Annahme. Die Vorlagen 7 und 8 betreffen die Ausführung zweier Teilprojekte der allgemeinen Kanalisation und zwar Vorlage 7 für das Baugelände auf dem Hof mit einem Aufwand von 186 500 Mk., Vorlage 8 für die Südstadt mit einem Aufwand von 234 000 Mk. Stadtbaumeister Haus erläutert die Projekte an Hand der aufgestellten Pläne und Zeichnungen eingehend. In der Debatte kommt allseitig das Einverständnis mit dem Gemeinderat zum Ausdruck dahingehend, daß die Durchführung der Kanalisation auch für die Nordstadt möglichst gefördert werde. Es wird auch auf die Schwierigkeiten hingewiesen, welche die Ausführung der Kanalisation durch das Baugelände in ganz unbedeutender Weise bereiten. Mit werden darauf noch in einem besonderen Artikel zurückkommen. Auch diese beiden Vorlagen finden trotz der verhältnismäßig hohen Summen, die dafür angefordert werden, einstimmige Annahme. Es werden sodann noch die städtischen Rechnungen pro 1911 verlesen. Auch darauf werden wir noch zurückkommen.

Bruchsal.

— **Zu viel verlangt.** Man schreibt uns: Bei Besprechung des neuen Gewerbe- und Handelsschulgebäudes im „Vollfreund“ wurde dem verehrl. Stadtrat nahegelegt, auch der Einwohnerschaft Gelegenheit zu geben, an einem Sonntag das Gebäude besichtigen zu können. Allem Anschein nach wurde da vom Stadtrat zu viel verlangt, denn bis heute ist er dieser Anregung nicht nachgekommen. An der Aufbringung der Kosten dürfen die Umlagezahler mitwirken, aber die Nase hineinstechen, das dürfen sie nicht in der guten Stadt Bruchsal. Der Stadtrat hätte sich gewiß nichts vergeben, wenn er diese Erlaubnis an einem Sonntag gegeben hätte, jedoch es auch den Arbeitern möglich gewesen wäre, sich für derartige Anstalten zu interessieren. Wir waren wirklich naiv, wenn wir so etwas vom Rat der Stadt Bruchsal erwarteten. Wir sind nun eines andern belehrt. Aber einmal wird es auch in Bruchsal anders werden.

— **Aus dem Juge gestürzt.** Gestern vormittag stürzte zwischen Wiltstadt und Langenbrüden ein 12 Jahre alter Knabe aus einem Personenzug. Man brachte den Juge sofort zum Stehen und fand ein Stück zurück den Knaben schwer verletzt auf dem Wehrtor. Der Verunglückte wurde in Langenbrüden in ärztliche Pflege genommen.

Ettingen.

— **Die erste Bürgerausschussung** nach den Neuwahlen findet am Dienstag den 22. Oktober statt. Die Tagesordnung umfaßt 9 Punkte

Baden-Baden.

— **Von der städt. Straßenbahn.** Weit günstiger als veranschlagt, ist das Betriebsergebnis der städt. Straßenbahn ausgefallen. Es konnten 78 220 Mk., also 10 000 Mk. mehr als wie vorhergesehen war, an die Stadtkasse abgeführt werden. Die Preisermäßigung für die Festkarten und Schülerbesitz hatte zu Folge, daß die durchschnittliche Tageseinnahme etwas zurückging, jedoch ganz unbedeutend. Die Gesamteinnahme der Straßenbahn im abgelaufenen Jahre betrug 290 749 Mk. Die höchste Monateeinnahme brachte der Monat August, und zwar in der Höhe von 24 810 Mk. Der Februar war der ungünstigste Monat. Während desselben wurden nur 12 088 Mk. eingebracht. Die höchste Tageseinnahme mit 1368 Mk. wurde am Pfingstmontag erzielt, während die niedrigste, 812,75 Mk., auf den 10. Februar fiel. Die Betriebsausgaben betragen im ganzen 136 970 Mk. und verteilt sich diese Summe folgendermaßen: Unterhaltung der Gebäude 5428 Mk., Kosten des Fahrdienstes 45 422,77 Mk., Stromkosten 41 003,10 Mk., Unterhaltung der Betriebsanlagen 30 111 Mk., Verwaltung 6013,71 Mk., Allgemeine Unkosten 6401 Mk. Die Anlagekosten der Straßenbahn sind mit 920 133 Mk. berechnet, während der Effektivwert auf 1 119 000 Mk. festgesetzt ist. Der nach dem durchschnittlichen Wert der Wertminderung 4prozentige Wertansatz beträgt dagegen 1 697 000 Mk.

— **Der hiesige Polizeihund.** Vor einigen Tagen wurden bei der Gersdorfer Mühle nachts zwei Aepfelbäume gründlich geleert. Die Beschlössen hatten einen Polizeihund, trotzdem zwei Tage seit dem Diebstahl verlossen waren, nahm das Tier sofort Witterung an den geleerten Bäumen, lief direkt in ein in der Nähe befindliches Haus, wo man die Aepfel in den Betteln der Bewohner und im Kinderbett verstreut fand.

— **oc. Eine Mitgliederversammlung der Meisterkranken- und Sterbefälle** beschäftigte sich mit den Unterlagen des früheren Vorsitzenden der Klasse, Schlossermeister Damm, der, wie noch erinnert, 25 000 Mk. unterschlagen, einen Teil allerdings zurückbezahlt hatte, so daß der Klasse ein Gesamtverlust von 14 000 Mk. erwuchs. Schlossermeister Damm wurde beauftragt wegen der Unterschlagung mit Gefängnis bestraft. Eine 14gliedrige Kommission erstattete in dieser Versammlung nun Bericht, ob der Vorstand bezüglich der Kontrolle seine Pflicht getan habe. Die Kommission verneinte diese Frage und stellte den Antrag, der Gesamtvorstand solle von der unterschlagenen Summe 5000 Mark erlösen. Der Gesamtvorstand trat hierauf einstimmig um Amte zurück und verließ die Versammlung. Die gesamte Angelegenheit soll nun dem Bezirksamt übergeben werden zur Feststellung, ob und inwieweit der Vorstand die unterschlagenen Gelder zu ersetzen hat.

Seibelsberg, 14. Okt. Der Verteidiger des zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilten Krebs hat gegen das Urteil des Mannheimer Schwurgerichts Revision angemeldet. Wie das „Seibels. Tagbl.“ noch hört, beabsichtigt auch der Verteidiger Bouteils die Einlegung der Revision beim Reichsgericht.

Seibelsberg, 13. Okt. Wie kürzlich berichtet, hatte die Staatsanwaltschaft in der Affäre des Söhnchens des Barons v. Pernus in Ziegelhausen auf besonderen Wunsch des Vaters hin eine Unteruchung eingeleitet, um über den tödlichen Unfall des Knaben Aufklärung zu schaffen, nachdem böswillige Gerüchte einen zufälligen Tod besetzten. Die Erhebungen haben nun laut „Seibels. N.“ einwandsfrei ergeben, daß ein Unfallgefall vorliegt. Durch andere Spielkameraden des Kindes ist festgestellt worden, daß das Kind mit besonderer Vorliebe den „Gefangenen“ spielte, wobei es sich auf alle möglichen Arten Hangelanlegte. Dieses Spiel ist dem Kinde zum Verhängnis geworden.

Außloch, 13. Okt. Gestern wurden die Anwesen des Sigmund Dörfer und Jos. Seis aus unbekanntem Grund durch Feuer zerstört. Das Vieh konnte gerettet werden. In kurzer Zeit war das Anwesen völlig abgebrannt. Die Betroffenen sind verheiratet.

Mannheim, 13. Okt. Der 60jährige Bündelholzhändler Chr. Schid stürzte vom Wagen und zog sich so schwere Verletzungen zu, daß an dem Aufkommen des Mannes gezweifelt wird.

Bretten, 13. Okt. In Wabdrüden stürzte der 48jährige verheiratete Landwirt Aug. Kolb beim Aufladen von Getreide rücklings vom Wagen ab, brach das Genick und war auf dem Tode.

Emmendingen, 14. Okt. In Wasser wurde der bewährte Landwirt Fr. Birle von einem ohne Licht fahrenden Radfahrer angefahren und ungenötigt. W. erlitt so schwere Kopfverletzungen, daß er starb. Nach dem Radfahrer, der sich aus dem Stabe gemacht hatte, wird gefahndet.

Säckingen, 14. Okt. Wie früher schon berichtet, hatten die evang. Gemeinde und die Katholiken beim Gemeinderat den Antrag auf Anstellung von neutralen Krankenbeschwestern im hiesigen städtischen Spital gestellt. Der Antrag ist nun einer Wittermeldung zufolge vom Gemeinderat ablehnend beschlossen worden. Die Oberin der Krankenbeschwestern soll veretzt werden.

Der Antrag wurde wegen vorgekommenen Befreiungsversuchen, welche die katholischen Beschwestern gemeinschaftlich mit dem Kaplan an einem Schwerekranken vorgenommen hatten, gestellt. Von dem durch und durch kirchlich verpöppelten Gemeinderat war ja eine andere Entscheidung nicht zu erwarten.

1. Oberkirch, 14. Okt. Laut Bekanntmachung des Bürgermeistersamt wird der allgemeine Herbst auf Dienstag, 15. Oktober, für die Gemeinde Oberkirch festgesetzt.

Kommenden Mittwoch hält die Gendarmerie hier in der Zeit von 2—4 Uhr nachmittags auf dem Gelände östlich der Straße Oberkirch-Butschbach (Schuhfabrik nach Süden) Schießübung mit scharfen Patronen ab.

Vom Schwarzwald, 14. Okt. Der neue Feldberghaus ist im Hochbau fertiggestellt. In den nächsten Wochen werden die Innenräume und Treppen vollendet. Die Einweihung soll am Sonntag, den 27. Oktober oder Sonntag, den 3. November stattfinden.

Landwirtschaftliches.

Saatenstand in Baden. Die im September eingetretene bessere Witterung gestattete wenigstens, das noch auf dem Felde liegende Getreide und das Dehngras verhältnismäßig gut trocken unter Dach zu bringen. Die Verzögerung der Getreide- und Dehnbernte hatte zur Folge, daß die Bestellung der Winterfrüchte später erfolgte als sonst. Die Kartoffelernte ist in vollem Gange und zum Teil auch schon beendet. Die Tabakernte konnte bei dem trockenen Wetter der letzten Wochen in der Hauptsache beendet werden. Die Herbstausgaben sind fast durchweg noch weiter zurückgefallen und werden für das Land im ganzen als „unter gering“ gewertet. Zu Beginn des Monats Oktober war der Stand der Saaten bei einer Stufenfolge von Nr. 1 sehr gut, 2 gut, 3 mittel, 4 gering und 5 sehr gering bei Kartoffeln 2,3, Acker 3,0, Luzerne 2,5, bewässerten Wiesen 2,2, anderen Wiesen 2,4, Tabak 2,0 und Neben 4,2.

Kenzingen, 13. Okt. Unreine Milch. Wie wenig gewissenhaft viele Landwirte sind, zeigte die heutige Schöffengerichtsverhandlung. Nachdem die ganze Tagesordnung wurde ausgefüllt durch Verhandlungen wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz. Vier Milchproduzenten aus Wroggingen und ein Milchhändler aus Oberhausen hatten sich zu verantworten, weil sie teils gefälschte, teils Milch in den Verkehr brachten, die hochgradig durch Kalk, Kupferoxyd, Zinkoxyd u. c. verunreinigt war. Wie der als Sachverständiger auftretende Vorstand des Untersuchungsamts Dr. Krom aus Freiburg ausführte, hat in einem Falle der Wasserzuck 88 Prozent betragen. Sämtliche Angeklagten wurden zu Geldstrafen bis zu 30 Mk. verurteilt.

Herbstbericht. Im Laufe der letzten Woche ist im ganzen Markgräflerland mit dem Herbst begonnen worden, da man wegen der eingetretenen Frostnächte nicht mehr länger warten konnte, obgleich die Beeren nicht allenthalben zur Reife gekommen sind. Ueber den Herbstausfall sind die Berichte sehr verschieden; in Bezug auf die Qualität werden die Erwartungen über-troffen, das Mostgewicht schwankt zwischen 65 und 75 Grad nach Dextrose. Dagegen befreit das Ergebnis in quantitativer Beziehung nicht allenthalben. Im Orzacher Gebiet ist das Ergebnis sehr gering, in der Umgebung von Seibelsheim und Sulzberg rechnet man mit einem Mittelertrag. Schillingen, Luggen, Rheinweiler haben ganz verschiedene Ergebnisse, neben gutem begegnet man wieder ganz schlechten Ergebnissen, das gleiche wird vom Mühlheimer Gebiet und dem Weilerthal berichtet, während Böggheim das quantitative Ergebnis als befriedigend bezeichnet. Es wurden bis jetzt noch keine bedeutende Käufe abgeschlossen, in Luggen und Böggheim wurden Käufe zu 80 und 90 Mk. abgeschlossen. Infolge der schlechten Ergebnisse der letzten Jahre ist der Weinbau bereits an verschiedenen Orten zurückgegangen.

Landwirtschaftliche Unfallrenten. Bei der bad. landw. Berufsgenossenschaft gelangten im September 1912 541 Anträge zur Anzeige. Erstmalig entschädigt wurden 217 Fälle, hierunter 14 Fälle mit tödlichem Ausgang. Im Jahresrenten wurden für die neuentschädigten Fälle 20 640 Mk. angewiesen. Für die tödlich verlaufenen Unfälle wurden 700 Mk. Sterbegelder bezahlt. Auf 1. Oktober bezogen insgesamt 25 762 Personen Renten im gesamten Jahresbetrag von rund 2 061 000 Mk.

Tabakbau und Tabakernte im Jahre 1911. Wie der Gesamtgenossenschaft überhaupte, so weist insbesondere der Anbau von Tabak und dessen Ertrag in unserem Lande von Jahr zu Jahr erhebliche Schwankungen auf. Die Gesamtfläche der in Baden mit Tabak beplanten Grundstücke, die im Jahr 1910 rund 6661 Hektar betrug, ist im Berichtsjahr 1911 auf rund 7211 ha gestiegen. Auch die Zahl der Tabakpflanzler hat um 2766 zugenommen; sie ist von 84 796 im Jahr 1910 auf 87 562 im Berichtsjahr angewachsen. Damit hat das Jahr 1911 die zweit-höchste Pflanzergahl seit dem Jahr 1899 erreicht und bleibt hinter der Höchstzahl (87 587 im Jahr 1901) nur um 25 zurück; die niedrigste Zahl hatte das Jahr 1905 mit 30 000 aufzuweisen.

Der kleinbäuerlichen Verhältnissen unseres Landes entsprechend sind es keine großen Flächen, die im einzelnen mit Tabak bepflanzt werden, sondern fast durchweg kleine Grundstücke. Nur 292 Pflanzler bebauten eine Fläche von 1 ha und darüber; bei den meisten Betrieben (18 681) waren die mit Tabak beplanten Felder zwischen 10 bis unter 25 ar groß; in zweiter Reihe kamen solche, die 4 bis unter 10 ar bebauten (9045). 7674 Landwirte pflanzten 25 ar bis unter 1 ha an, 8511 ar bis unter 4 ar; bei 89 Pflanzern war die Betriebsfläche kleiner als 1 ar.

Die größten Tabakflächen entfallen auf die Bezirke Lahr (1068 ha) und Achern (1017 ha); es folgen die Bezirke Mannheim (891), Schwetzingen (686), Bruchsal (594), Karlsruhe (564), Offenburg (528 ha).

Der Menge nach war die Ernte des Jahres 1911 günstiger als die des Jahres 1910, das ein sehr schlechtes Tabakjahr war. Während im letzteren der Ertrag des gereinigten Tabaks in dazutreffendem, trockenem Zustand nur 10,3 Millionen Kilogramm betrug, betraf er sich im Jahr 1911 auf 13,3 Millionen Kilogramm, mithin um 2,4 Millionen Kilogramm höher; es kamen im Berichtsjahr durchschnittlich auf 1 ha 1884 Kilogramm gegen 1652 Kilogramm im Vorjahr, also 182 Kilogramm mehr.

Der Tabak des Erntejahres 1911 ist infolge der langanhaltenden Trockenheit kurz, dickblättrig und schwer geworden und erzielte daher fast durchweg geringere Preise als in früheren Jahren. Aus der gesamten Tabakernte wurden (ohne Steuer) rund 8 Millionen Mark gelöst gegen 8,9 Millionen Mark im Jahr 1910. Trotz der starken Zunahme der Pflanzler und trotz der größeren Anbaufläche blieb also der Erlös nicht unerheblich hinter dem des Vorjahres zurück. Der mittlere Preis des Doppelzentners Tabak (ohne Steuer) stellte sich auf 61,18 Mk. gegen 82,20 Mk. im Jahr 1910; der Preis ist mithin erheblich gesunken, um 21,02 Mk. beim Doppelzentner.

Gerichtszeitung.

— **Aus der Offenburgs Strafkammer.** Die 38 Jahre alte betritene Ausschüßlerin Anna Daafel geht Anstalt auf

In der Diskussion sprach auch Herr Pfleger vom Kreis- nationalen Gewerkschaftsverband. Er erklärte sich gegen

Münster Abreise die Bemerkung, es müßte doch ungenügend für in der Diskussion bekannt sein, mit einem der Gewerkschaften bekannt

nung im Besitz eines Schutzmannes wurde derselbe gestern am seiner Türe hängend vorgefunden. Dem Geruch nach zu urteilen, dürfte die Leiche schon ca. 3 Wochen gehängt haben. Das Motiv der Tat ist unbekannt.

Neues vom Tage.

Automobil-Unglück.
Darmstadt, 12. Okt. Ein Zusammenstoß zwischen einem Automobil und einem Transportwagen der Mannheimer Petroleum-Gesellschaft erfolgte in der gestrigen Nacht zwischen 11 und 12 Uhr auf der Griesheimer Chaussee in der Nähe des Darmstädter Hauptbahnhofes. Der Chauffeur des Autos hatte durch den Nebel ein Licht bemerkt und gab mehreremale Signale ab, trotzdem blieb das Fuhrwerk, anscheinend weil der Fuhrmann schlief, auf der falschen Seite und so erfolgte der Zusammenstoß, bei dem das Auto schwer beschädigt wurde. Von den Ansassen des Autos wurden zwei Unteroffiziere erheblich an Kopf, Rücken und Schultern verletzt, die beiden andern leichter. Der Chauffeur und der Fuhrführer blieben unversehrt. Die Verunglückten wurden in das hiesige Garnisonslazarett gebracht.

Gefährter Raubmörder.
Berlin, 12. Okt. Der Müllegerfelle Biebert, der am 24. September den Viehhändler Enderschoit in Friedrichswalde bei Mehlaun er mordet und beraubt hatte, wurde heute nacht hier unter eigenartigen Umständen festgenommen. Gegen 1 Uhr erschien auf dem 57. Polizeirevier ein angetrunken junger Mann ohne Kopfbedeckung und verlangte Beamte zur Festnahme des Raubmörders Biebert. Zwei Polizeibeamte begaben sich mit ihm nach einer Wirtshaus in der Jägerstraße. Hier machte der Biebert Ausflüchte und verächtigte sich durch eigenartige Reden, jedoch die Beamten zu der Ueberzeugung kamen, daß der Biebert selbst der Gefährte sei. Als sie ihm das auf den Kopf zusagten, gestand er sofort die Tat ein. Er wurde verhaftet.

Raubmord.
Wonn a. Rh., 12. Okt. Gestern morgen fand man in einem Felde bei Oberdrees den 36jährigen Fabrikarbeiter Knieps mit schweren Kopfwunden ermordet und ausgeraubt vor. In der Nähe wurde ein halbverdorbenes Meißel gefunden. Von dem erhaltenen Lohn, den der Ermordete bei sich gehabt hatte, fand man nichts mehr bei ihm. Auch vom Täter fehlt bis jetzt jede Spur.

Eisenbahnunglück.
Wien, 12. Okt. Heute früh entgleiste in der Nähe der Station Meidling der aus Kärnten kommende Schnellzug Nr. 110. Der Lokomotivführer suchte dem drohenden Zusammenstoß mit einer Lokomotive, die auf demselben Gleis dem Schnellzug entgegenfuhr, vorzubeugen und brachte den Zug durch hartes Bremsen zum Stillstand, wodurch der Zug entgleiste. 15 Personen wurden verletzt. Unter den Passagieren des verunglückten Zuges entstand eine große Panik.

Chinesische Räuber.
Magowesthenst, 11. Okt. Am Fluße Silindsch überfielen 15 bewaffnete Chinesen ein Goldbergwerk, töteten den Grubenbesitzer und einen Angestellten und verletzten einen anderen Angestellten. Sie raubten zwei Pud und 10 Pfund Gold. Bei der Verfolgung wurden 6 der Banditen getötet. 2 erkrankten, zwei wurden verwundet und festgenommen. Bei ihnen wurden 30 Pfund Gold vorgefunden.

Verhafteter Raubmörder.
Fiume, 12. Okt. Gestern wurde hier auf einem italienischen Dampfer Ludwig Nobilit verhaftet, der vor einigen Tagen in Prag seine Mutter im Schlaf erschlug und beraubte. In seiner Gesellschaft befand sich eine Barbierejungferin. Die beiden waren im Begriff, eine Vergnügungstour nach Venedig anzutreten.

Der italienisch-türkische Krieg.

Paris, 14. Okt. Die „Ag. Sabas“ meldet aus Dudyh von 12.20 Uhr nachts: Heute nachmittag wird eine Besprechung der Friedensunterhändler stattfinden. Es scheint eine Entspannung in der Lage eingetreten zu sein. In jedem Falle besteht mehr Hoffnung wie gestern, daß die friedliche Lösung zustande kommt.

Briefkasten der Redaktion.

F. W. Weierheim. Wir haben bis jetzt keine Anfrage hierüber von Ihnen gesehen. Unseres Wissens gehört in Strahburg i. E. zurzeit kein Rechtsanwalt der Partei an. Bestimmte Auskunft können Sie von der „Freien Presse“ dort erhalten.

Vereinsanzeiger.

- Karlsruhe.** (Sängerartell.) Donnerstag abend halb 9 Uhr in der „Wacht am Rhein“ Sitzung. 2452
- Karlsruhe.** (Sängerbund „Vorwärts.“) Heute abend halb 9 Uhr Probe in der Gewerkschaftszentral (Kaiserstraße 13). Donnerstag abend punkt 8 Uhr Generalprobe in der Festhalle. Erscheinen sämtlicher Sänger ist Pflicht. 2451
- Karlsruhe.** (Gesangverein „Lassallia.“) Heute Dienstag abend punkt 8 Uhr treffen sich die Sänger im „Feldschlösschen“ zwecks Ehrung eines Mitgliedes. 2450
- Karlsruhe.** (Gesangverein „Harmonie.“) Heute abend 9 Uhr Zusammenkunft bei Mitglied Raus zur „Karlsruhe“, Altdemiostraße, statt Singstunde. Der Wichtigkeit halber ist das Erscheinen aller Sänger notwendig. 2446
- Karlsruhe-Mühlburg.** („Bruderbund.“) Heute Dienstag abend punkt halb 9 Uhr Singstunde. Programme zu unserem Konzert werden ausgegeben, daher vollständiges Erscheinen nötig. 2444
- Durlach.** (Arbeiterbund „Vorwärts.“) Umstandshalber wird die Gesangsprobe auf Freitag, die Turnstunde auf Donnerstag verlegt. Dies zur Kenntnis der Beteiligten. Heute Dienstag abend im „Lamm“ Hauptausführung. Vollständiges Erscheinen Ehrensache. 2445

Der Krieg auf dem Balkan.

Noch ist zwar der Krieg zwischen der Türkei und Serbien noch nicht offiziell proklamiert, aber er hat tatsächlich begonnen. Die Türken haben die serbische Grenze bei Ristowa überschritten und haben mit den Serben schon Kämpfe ausgefochten. Die übrigen Balkanstaaten, Bulgarien und Griechenland, haben an die Pforte ein Ultimatum gerichtet, dem die Kriegserklärung auf dem Fuße folgen dürfte. Die Würfel sind gefallen. Was folgen wird, ist nicht abzusehen.

Beginn der serbisch-türkischen Feindseligkeiten.
Belgrad, 14. Okt. Eines um 9 Uhr früh aus Ristowa eingegangenen amtlichen Meldung zufolge überschritten heute von früh 5 Uhr ab die türkischen Truppen die serbische Grenze zwischen Ristowa und Gerni Tsch. Der Kampf hat begonnen.

Der Kampf an der serbischen Grenze.
Konstantinopel, 14. Okt. Obwohl der Krieg bisher nicht erklärt worden ist, hat Serbien die Feindseligkeiten begonnen. Um 5 Uhr 50 heute früh haben serbische Truppen in größerer Anzahl bei Ristowa die Grenze überschritten. Es findet soeben daselbst ein ernsthafter Kampf statt.

Der Vormarsch der Bulgaren.
London, 14. Okt. „Daily Telegraph“ meldet aus Sofia: Der Vormarsch der bulgarischen Armee hat begonnen. Die Militärkorrespondenten warten immer noch auf die Erlaubnis, der Armee folgen zu dürfen. Die direkten Bote an der Grenze verkehren alle zwei Stunden. Ein Truppentransport traf aus Norden ein, um nach der Grenze abgeschoben zu werden. Die Meldung, daß das serbische und bulgarische Geld gleichen Kurs haben soll, hat in den beiden Hauptstädten einen vorzüglichen Eindruck gemacht.

Sofia, 14. Okt. Aus Ischy wird berichtet, daß zwei Brücken zwischen Ischy und Kotschana von Bulgarien mittels Bomben in die Luft gesprengt worden sind.

Eine serbische Proklamation.
Belgrad, 14. Okt. Die serbische Regierung veröffentlicht eine Proklamation, in der sie angibt, daß Serbien von der Türkei angegriffen worden ist, indem es von türkischem Militär in Ristowa überfallen wurde. Dies sei der beste Beweis dafür, daß die Türkei an die Durchführung von Reformen nicht denke. Serbien werde sich verteidigen und den Kampf aufnehmen. Ristowa ist der größte serbische Ort an der Grenze, wo die Munition für die serbische Armee angehäuft liegt.

Ein Protestaufruf der österreichischen Sozialdemokratie.
Wien, 14. Okt. Die Leitung der sozialdemokratischen Partei Österreichs veröffentlichte gestern einen Aufruf an die Arbeiterschaft. Es wird darin gegen die angeblich in Österreich herrschende Kriegshege protestiert. Der Aufruf schließt mit der Devise: Keine Einmischung Österreichs in den Balkankrieg! Der Balkan den Balkanvölkern, Erhaltung des Friedens!

Der Zusammenstoß bei Ristowa.
Belgrad, 14. Okt. Offiziellen Meldungen zufolge, haben die türkischen Truppen die serbisch-türkische Grenze in einer Ausdehnung von vier Kilometern besetzt. Das

Feuergefecht soll den ganzen Tag über gedauert haben. Auf serbischer Seite seien zwei Tote und vier Verwundete zu verzeichnen. Die serbische Regierung beschloß, sich vorläufig auf die Verteidigung der Grenze zu beschränken.

Von der montenegrinischen Grenze.
Saloniki, 14. Okt. Die heftigen Kämpfe an der montenegrinischen Grenze dauern fort. Die Versuche der Montenegriner, sich der nach Ipek führenden Straße zu bemächtigen, wurden trotz ihrer Uebermacht von den türkischen Truppen zurückgewiesen. Auch die gegen Skutari vordringenden Montenegriner wurden in der Gegend von Tuzi aufgehalten und zurückgedrängt. Die Montenegriner begehen an dem mohammedanischen Landvolk fortwährend Grausamkeiten, wodurch die öffentliche Meinung sehr erregt ist. — Drei albanesische Frauen aus Ipek zogen ihren Männern und Söhnen freiwillig in den Krieg nach.

Das Vordringen der Montenegriner.
Konstantinopel, 13. Okt. Die Montenegriner stecken die mohammedanische Ortschaft Beigrania in Brand. In der Umgegend von Skutari wird bei Tuzi Rabat und Trania heftig gekämpft.

London, 14. Okt. Das Reutersche Bureau meldet aus Rodgorika: Nach einem Telegramm des Generals Bukotitsch haben seine Truppen gestern die Höhe Bifitor bei Gussinje besetzt. Die Türken, die heftigen Widerstand leisteten, erlitten beträchtliche Verluste. Gestern besetzten die Montenegriner zwei weitere Stellungen der Türken. Die Verluste der Montenegriner seit dem Beginn des Krieges betragen 256 Tote und 800 Verwundete.

Das bulgarische Ultimatum.
Konstantinopel, 14. Okt. Der bulgarische Gesandte übergab ein Ultimatum, in dem die sofortige Demobilisation der Türkei verlangt wird.

Das griechische Ultimatum.
Athen, 14. Okt. Die Regierung beauftragte ihren Gesandten in Konstantinopel, der Pforte eine Note zu überreichen, welche die Freigabe der beschlagnahmten griechischen Handelschiffe und Entschädigung der Eigentümer innerhalb 24 Stunden fordert.

Einerleibung Kretas durch Griechenland.

Athen, 14. Okt. Bei dem Wiederausammentritt der Kammer wurden die kretischen Abgeordneten mit Beifall begrüßt. Ministerpräsident Venizelos erklärte, die Regierung nehme das unionistische Votum der Verammlung an und erklärte in aller Form, daß in Zukunft nur eine einzige Kammer für Kreta und Griechenland bestehe. Er fordere die kretischen Abgeordneten auf, sich nach Kreta zu begeben, wo Neuwahlen gemäß der griechischen Verfassung vorzunehmen seien. Venizelos erklärte weiter, trotz des Wunsches nach Frieden werde Griechenland, das sich nicht nur moralisch, sondern auch materiell durch die Hilfe der verbündeten Staaten stark fühle, allen Gefahren die Stirn bieten.

Letzte Nachrichten.

Termin für die Reichstagsnachwahl im 1. Berliner Wahlkreis.

Berlin, 14. Okt. Die Reichstagsersatzwahl in Berlin I, die durch die Mandatsniederlegung des Reichstagsabgeordneten Kaempf erforderlich geworden ist, findet am Dienstag, 5. November, statt.

Das Reichs-Petroleum-Monopol.

Berlin, 14. Okt. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ macht Mitteilungen über den Inhalt eines Gesetzentwurfs betr. den Verkehr mit Mineralöl, der dem Reichstag bei seinem Zusammenritt zugehen wird. Danach wird die Errichtung einer Betriebsgesellschaft mit der ausschließlichen Befugnis zum Großhandel mit Leuchtöl vorgesehen, die unter Aufsicht des Reiches organisiert und finanziert werden soll. Der Kleinhandel mit Leuchtöl sowie der Verkehr mit den übrigen Mineralölen wird von der geplanten Regelung nicht berührt. Die Gesellschaft ist in ihrem Gewinn begrenzt. Sie darf mehr als die handelsübliche Verzinsung nur dann verdienen, wenn es ihr gelingt, die Preise unter einer bestimmten niedrigen Grenze zu halten. In dem so beschränkten Gewinn ist auch das Reich beteiligt; der dem Reich zustehende Ertrag soll dazu dienen, die Erfüllung sozialpolitischer Aufgaben, die bisher hauptsächlich aus finanziellen Erwägungen hintangestellt wurden, zu ermöglichen. Der Zweck der Vorlage ist in erster Linie der: es soll die Gefahr eines Monopols der Standard Oil Co. auf dem deutschen Markte abgewendet werden. Es erscheint nach den angeführten Erhebungen erreichbar, eine Versorgung des deutschen Marktes äußersten Falles ohne Beteiligung der Standard Oil Co. sicher

zu stellen und dazu auch unabhängige amerikanische Produktionsgesellschaften heranzuziehen. Das Gesetz richtet sich also nicht gegen amerikanisches Petroleum als solches, sondern nur gegen die etwaige Monopolisierung einer ausländischen Gesellschaft.

Die Dumawahlen.

Petersburg, 14. Okt. Bei den Dumawahlen wurden, soviel bekannt ist, bisher 2240 Wahlmänner gewählt. Davon sind Sozialisten 125, Kadetten 179, Progressisten 316, Oktoberisten 194, Nationalisten 207, Rechte 1029, parteilos und andere 190. Unter den Wahlmännern der Rechten sind viele Boven, die in mehreren Gouvernements die Mehrheit des Wahlkörpers bilden.

Ein Attentat auf Roosevelt.

Newyork, 14. Okt. Die Gerüchte von einem Attentat auf Roosevelt bestätigen sich. Wie aus Milwaukee gemeldet wird, hat ein Sozialist (?) auf Roosevelt einen Schuß abgegeben und ihn in die Brust getroffen. Trotz der Verwundung begab sich Roosevelt in eine Versammlung, wo er eine Stunde lang redete. Infolge des großen Blutverlustes mußte Roosevelt die Rede unterbrechen und wurde in ein Krankenhaus verbracht. Eine unmittelbare Gefahr besteht nicht. Die Kugel konnte von den Ärzten noch nicht gefunden werden, weshalb eine Röntgenbeleuchtung erfolgt.

Geschäftliches.

Es gibt immer noch Mütter, welche ihren Säuglingen zuviel Kuhmilch geben und dadurch deren Ernährung stören. Nur durch richtige Verdünnung macht man die Kuhmilch zu einer zweckmäßigen Säuglingsnahrung, und erst der Zusatz von „Aufeke“ macht sie so leicht verdaulich wie die Muttermilch.

Wen soll die Frau von heute wählen da doch das Angebot sozusagen überhand nimmt. Selbst der berufene Vermittler weiss kaum noch zu raten. Was allein entscheidet in diesem Wirrwarr? Nur der eigene Geschmack. Prüfen Sie kritisch! In diesem Fall kann Ihre Wahl nur auf „Kornfranck“ fallen.

20% Total-Ausverkauf wegen Geschäftsabgabe. 20% Rabatt.

Hosenträger, Cravatten, Herrenmützen, Schirme, seidene Tücher, farbige Kinderhosen, Stickereien, diverse Borden und Blusenstoffe.

15% auf Woll- und Baumwollstoffe, Weisswaren, Schürzen, Trikotagen, Betttücher, Damen- und Kinderwäsche, weiss und farbig, Korsetten, Sweaters, gestrickte Herren- und Damen-Westen, Strümpfe, Socken, Handschuhe, Hauben, Mützen, wollene Tücher jeder Art, Gürtel, Galanterie, Spielwaren etc.

Aeltere Lagerbestände bis zu **50%** unter Preis.

50% auf relig. Artikel wie Figuren, Hang- und Stehkreuze etc.

M. Walz Wwe. Karlsruhe

Marienstrasse 83

Internationaler Guttempler-Orden

Loge Refugium Nr. 105.

Mittwoch den 16. Oktober 1912, abends 7/9 Uhr, im Reform-Restaurant Kirsten, Kaiserstrasse 56 II.

Vortrag

des Herrn Dr. Rahner-Gaggenau: **Alkohol und Sexualleben.** Eintritt frei. Jedermann willkommen. Freie Diskussion.

Ausverkauf.

Die zur Konkursmasse des Kaufmanns **Carl Stehl** hier

Boeckhstrasse 13

gehörigen Warenbestände in

Kurz-, Weiß- u. Wollwaren

werden zu bedeutend herabgesetzten Preisen ausverkauft.

Der Konkursverwalter: **Carl Nagel.**



Karl Hummel
Stahlwarenhandlung
Rasiermesserschleifen
Karlsruhe I. B. Werdstr. 13.

Die weltberühmten Fabrikate der Firma

B. Klssner, Scherenfabrik, Gross-Umstadt (Hessen) sind stets in grosser Auswahl am Lager und erfolgt der Verkauf zu Fabrikpreisen. 170



Chice Damen-
Kostüme von M. 15.— an
Paletots " 3.90 "
Kostümröcke " 2.90 "
Blusen " 0.95 "
Wilhelmstrasse 34, 1 Tr.
Keine Ladenspesen. 2402

Sehr billig zu verkaufen. Verschiedene schöne, fast neue, mod. Jackenfleider mit Seidenfutter, Stück 12 M. Schöne Woll- und Seidenblusen. 2428 Rüppurrstr. 19 part.
Erdbeerpflanzen (Ananas) zu verl. 100 St. 1.25 M., 5.500 St. 1.1. M. p. 100. Durlacher Allee 26, 4 Tr. 7192



Diwan.

Große Auswahl in neuen, schön. Stoff, Plüsch u. Leinwanddivans von 35, 40 und 45 M an, hoch, mod. schwere Qualität von 75-95 M, eleg. Umbau mit Spiegel nur 68 M. (keine Fabrikware.) Garantie für nur gute, dauerhafte Ware. Gebe extra noch 2386

10% Rabatt

bis 20. Okt. Kein Lab., daher billiger wie jede Konkurrenz, im Postermagazin **R. Köhler**, Tapezier, Schützenstr. 25.

Ernst Marx

Luisenstraße 45
Fernruf 3086

empfiehlt sein großes Lager in Herden, Cefen, Grudeisen, Gasherden, Küchen- und Haushaltungsartikeln, Lampen für Gas und Petroleum und deren Ersatzteile, Glas, Porzellan, Steinzeug etc. Billige Preise! 1805
Reelle Bedienung!

Städt. Vierordtbad

Kohlensäurebäder und elegante **Wannenbäder.**

I., II. und III. Klasse. Für Herren und Damen geöffnet von vormittags 1/8 bis abends 8 Uhr, sowie Sonntags 1/8 bis 12 Uhr. Samstags eine Stunde länger, auch über Mittag geöffnet. 7192

Carl König
Dentist.
KARLSRUHE, Kaiserstrasse 124b.
Telephon 2451.
Künstliche Zähne, Plombieren, Zahnziehen.

Patent-Büro
Villingen 1/8. Friedrichstr. 18. Tel. 159.

Adolf Sexauer, Karlsruhe
Friedrichsplatz Nr. 2.
wegen **Total-Ausverkauf Geschäftsaufgabe**
Selten günstige Gelegenheit zum Einkauf von: 2222
Teppichen, Möbelstoffen, Gardinen, Tischdecken, Reisedecken, Diwanddecken usw.
Sehr billige Preise. — Nur gute Qualitäten.
Aufbewahrung bis Weihnachten. Franko Zusendung.
Günstige Gelegenheit für Hotels und Pensionen.
Werktags von 1—2 1/2 Uhr geschlossen. Sonntags von 11—1 Uhr geöffnet.

20 Maurer

gesucht.
Baustelle 2370
Vorholzstr. 24.

Verkauf.

1 Diwan in Stoff, 2443
1 Diwan in Plüsch,
1 Diwan in Leinwand,
1 Sofa in Stoff
sind billig und gut zu haben
Klauprechtstr. 23, Seitenbau.

Zu verkaufen: 2 Bettlatten mit Koffi und Kopfbarmatratzen, 1 Radstisch, 1 Waschtisch, 2 Schränke, 1 Kommode, 1 Tisch und Stühle. 2437
Gardstr. 4a, 5. Et. r.

Ich kaufe und verkaufe fortwährend getragene Herren- u. Damenkleider, Schuhe und Stiefel, aber nur gute Sachen, zu billigen Preisen. 16

Wilhelm Schwab
Durlacherstrasse 85.

Frauenhaare

jeder Art und jedes Quantum kauft Richard Horn, Friseur, Karlsruhe-Mühlburg, Rheinstraße 30. 1927

Kind wird tagsüber oder gang in gute Pflege genommen. Kästchen Waldhornstraße 31, 4. Et., links. 2447

Durlacherstr. 91, 8. Stod. Ist ein einfaches, sauberes möbl. Zimmer der sof. zu verm.

Das Lebensalter des Menschen 100 Jahre! des- halb Trinkt Chabeso!

denn der Mensch lebt nicht von dem was er isst, sondern von dem, was er verdaut.

1/4 Ltr. Fl. 10.-, bei 25 Fl. 8.-
1/2 " " 15 " " 20 " 13 "
1 " " 24 " " 12 " 22 "

Chabeso-Fabrik
Inh.: Friedrich Büchert
Karlsruhe 7289
Marienstr. 60, Teleph. 3182.

Neue Kostüme und Mäntel

Ich erhalte täglich grosse Sendungen hochmoderner Kostüme und Mäntel.

Marineblaue Kostüme

hervorragend schöne Fassons in guter Verarbeitung und ausserordentlicher Preiswürdigkeit

19.50 25.— 39.— 195.—

Ulster

in modernen Fassons, aus schönen Stoffen, in braunen, grau und grünlichen Farben

11.50 19.50 26.— 75.—

Moderne Kostüme

aus gemusterten Stoffen englischer Art

13.50 22.— 36.— 170.—

Schwarze Paletots

in Tuch, Eskimo in allen Grössen vorrätig

14.— 21.— 35.— 85.—

Auf meine Spezial-Abteilung für Kinder-Konfektion mache noch besonders aufmerksam.



Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins.

Sonntags von 11—1 Uhr geöffnet.

Telephon 3033.

Pelze

stauend billig. Nur 32 Zirkel 32

Ecke Ritterstraße 1 Treppe. Sonntags v. 11—1 Uhr geöffnet.

Zweibrücker Rennlöse mit soliden Gewinnen sind à 1.10 v. St., 11 St. 11.10 zur Ziehung 17. Oktober noch erhältlich bei

Carl Götz, Gebr. Göhringer, Kaiserstr. 80



Trauringe

in jeder Breite und Schwere 8 Karat 833 10 Mk. das Paar 14 Karat 585 20 Mk. das Paar Gravierung gratis.

Oskar Kirschke, Kriegstr. 12.

Wilh. Eckert, Uhrmacher, Marienstr. 20, nebst dem Apollo-Theater empfiehlt sein Lager in Taschen- u. Wanduhren. Billige Reparatur-Werkstätte, Trauringe, 8 u. 14 Kar. gestempelt, das Paar v. 12.—27. Brillen u. Zwicker

Arbeiter-Stenographen-Verband Stolze-Schrey. (Sitz Hamburg.)

Zuschriften sind zu richten an H. Kadel, Karlsruhe, Wilhelmstraße 56, parterre.

Verein Volksbildung (E. V.) Volkshochschulkurse.

1. Herr Professor Dr. Walter Mah: Tatsachen und Theorien der Vereinerung, Dienstag den 22. und 29. Oktober, 5. und 12. November, abends 8 Uhr. 2. Herr Professor Dr. Arnold Ruge (Seidelberg): Die Entwicklung der philosophischen Probleme und kulturellen Ansichten, 1. Teil, Altertum und Mittelalter, Dienstag den 19. und 26. November, 3., 10. und 17. Dezember, abends 8 1/2 Uhr.

Karlsruher Jugendbildungsverein.

Morgen Mittwoch, abends 8 Uhr, veranstalten wir einen Unterhaltungsabend im kleinen Saale der Festhalle.

J. Blum's Zug- und Stovorrückung mit 2 Stangen f. Vorhänge u. 3 Stang. f. Stov. Vorhänge festig zum Gebrauch. Jeder kann dieselben auf- und abmachen. Polierte Holzgalerien in allen Gängen Solide und dauerhafte Baus. Alles eigenes Fabrikat mit Motorbetrieb. Preislisten gratis. Nur bei J. Blum, Schützenstr. 49. Rabattmarken.

Tüchtige Großstück-Arbeiter von auswärtiger Herrenkleiderfabrik bei hoher Bezahlung, das ganze Jahr Beschäftigung, gesucht. Schriftliche Offerte unter Chiffre 2438.

Bekanntmachung. Die Reinigung der Obstbäume von Misteln betr. Die Besitzer von Obstbäumen haben ihre von Misteln ergriffenen Bäume im Laufe des Monats November d. J. zu reinigen. Die Reinigung geschieht, wenn die Misteln an der Spitze eines Astes sitzt, durch Beschnitten der Astspitze, wenn sie dagegen am oberen Teil eines Astes sitzt, dadurch, daß die Mistel mittelst eines scharfen Messers tief ausgeschnitten und die Schnittfläche sodann mit Steinkohlenteer bestrichen wird.

Bekanntmachung. Vom Montag, den 14. Okt. bis mit Samstag, den 19. Okt. 1912, wird in nachstehenden Straßen die mechanische Reinigung des Wasserrohrnetzes sowohl tagsüber, wie auch nachts vorgenommen: Brauerstraße, Voelckstraße, Büchelstraße, Lenzstraße, Dietrichstraße, südl. der Gartenstraße, Friedenstraße, Redtenbacherstraße, Rheinbahnstraße, Putzstraße, Noortstraße.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Geburten: Gilda Mina, B. Verthold Schiesinger, Kaufmann. — Rosa, B. Wilh. Winkelmann, Maschinenarbeiter. — Erna Elsa Helena, B. Franz Kreiser, Eichamischgehilfe. — Alois Edb, B. Kasimir Hartmann, Bäckermeister. — Karolina, B. Karl Jänner, Eisenstecher. — Sofie Marie Elisabeth, B. Emil Reiser, Bahnarbeiter.

Geburtsnachrichten: Phil. Ringert von Oberbach, Hilfsweidenwärtler hier, mit Mathilde Dierle von Forbach. — Peter Bühler von Wiedingen, Bierbrauer hier, mit Amalie Klein von hier. — Anton Bauer von Würzburg, Optiker hier, mit Marie Erdwein von hier. — Franz Wegger von Mannheim, Ingenieur in Mainz, mit Helene Ohmström von Baden. — Richard Lebrecht von Wisingen, Zementeur hier, mit Albertine Schreiber von hier. — Arthur Philipp von hier, Postbote hier, mit Marie Siebler von Lutzingen. — Karl Koch von Langenau, Kanalarbeiter hier, mit Katharina Schmid von Bensberg. — Karl Groß von Saargemünd, Justizaktuar hier, mit Hermine Mohr von hier. — Karl Holz von Bietigheim, Schneider hier, mit Luise Hed von Dürmersheim. — Alois Lager von Magensfurt, Elektromonteur hier, mit Juliane Kasper von Schweidnitz. — Martin Stober von hier, Fabrikarbeiter hier, mit Frieda Schuder von hier. — Heinrich Striebig von hier, Bureaugehilfe hier, mit Rosina Dettner von Oehringen. — Friedr. Schleich von Durlach, Buchbinder hier, mit Maria Nabe von Heidelberg. — Wilh. Weber von Malsberg, Schmied hier, mit Rosa Weber von Derschweiler. — Karl Hecht von Söllingen, Steinbruchbesitzer in Söllingen, mit Lydia Jung Witwe von Anielingen. — Vinz Baumer von Steinmauern, Milchhändler hier, mit Katharina Gschäb von Forchheim. — Josef Schlemmer von hier, Metzgermeister hier, mit Rosa Oberl von Völkersbach. — Karl Höchstädter von Heidelberg, Radler hier, mit Sofie Stapp von Schweigern.

Standesbuchauszüge der Stadt Durlach.

Geburten: Ludwig, B. Ludwig Damian Roth, Stellvertreter. — Friedrich Adolf, B. Friedr. Benz, Stellvertreter. — Erwin, B. Karl Weigel, Fabrikarbeiter. — Max Franz, B. Franz Max Berch, Fabrikarbeiter. — Luise, B. Friedr. Wilhelm Hermann, Schuhmacher.